

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von B. Pannschuch u. Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion und Druckerei: Große Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Bräunung und zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangirung) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Infektionsgebühr: die sechsgepaltene Zeitungszeitung 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamt 30 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 376.

Nr. 238.

Magdeburg, Mittwoch den 11. Oktober 1905.

16. Jahrgang.

Um das Wahlrecht!

Aus Wien wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

In der Wiener Hofburg haben die Intriganten gegen die Wahlreform seit einigen Tagen viel zu tun. Dort sitzt der Kaiser, wohl nicht auf dem Dach, aber doch im Sessel als Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Gleich einem hilflosen Rohr im Wind schwankt er hin und her. Immer und immer wieder stellt er sich die Gretchenfrage: soll ich oder soll ich nicht, d. h. soll ich die Wahlreform des Krištofi unterstützen oder soll ich sie verwerfen?

Kurz vor dem Zusammentritt des ungarischen Parlaments am 15. v. M. hat er sie verworfen, in der Hoffnung, die Koalition willfähriger zu stimmen. Das Ministerium feierbar demissionierte. Für den 25. September wurden die Koryphäen der Koalition in die Hofburg geladen, und es hatte den Anschein, als sollte es zu einer Art „Versöhnungsaudienz“ kommen. Die Koalition, außer sich vor Freude über den Sturz des Wahlreform-Ministeriums, schwamm in Lust und Wonne. Aber die Komarilla ist stark, nicht nur gegen die Wahlreform, auch gegen die Koalition. Die Führer der Koalition, die ja die Führer der ungarischen Nation sein wollen, erleben in der Hofburg einen Empfang, den sie zeit ihres Lebens nicht mehr vergessen werden. Sie durften nicht einmal das Maul aufmachen. Kein Sessel wurde ihnen angeboten. Der Landesvater schnarrte sie an, wie ein Feldwebel ungefähr seine Untergebenen anschnauzt. In fünf Minuten war die Audienz, von der die Koalition gehofft hatte, daß sie dem Lande den „Frieden“ bringen werde, zu Ende. Wie dumme Jungen wurden die Kossuth, Andrássy, Banffy nach Budapest zurückgeschickt.

Es lag klar zutage, daß die Komarilla den alten Mann mit der Krone zu einer unwürdigen Szene mißbraucht hatte. Denn um der Koalition mitzuteilen, daß die Krone unverrückbar auf ihrem unverjünglichen Standpunkt verharre, dazu wäre es nicht notwendig gewesen, die Vorführer der Koalition einer Demütigung auszuweichen.

Hat der Monarch und seine nichtsnutzige Umgebung geglaubt, daß das härtebige Auftreten die Koalition einschüchtern werde, so hat er sich schwer getäuscht. Die Koalition, von der Sorge um die drohende Wahlreform befreit, nahm im Gegenteil eine sehr grimme Pose an und sagte den schmählichen Verlauf der Fünfminuten-Audienz als vriegserklärung auf. Nun ist für den Landesvater wieder guter Rat teuer. In seiner Not berief er den Feierbar, der als demissionierter Ministerpräsident „die Geschäfte führt“, vor einigen Tagen ebenfalls nach Wien und den Krištofi dazu. Wieder haben sie ihm erklärt, daß es vorläufig kein anderes Rettungsmittel gibt als das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Stundenlang setzen sie ihm das auseinander und gingen dann wieder nach Hause, ohne daß der Kaiser eine feste Entscheidung getroffen hätte. Ein erbarmungswürdiges Schauspiel.

Es wird davon gesprochen, daß die Reaktivierung des Ministeriums Fejervary bevorstehe, was so viel bedeuten würde, daß die Krone die Wahlreform akzeptiert habe. Aber das ist nur Kombination. Sicher dagegen ist, daß in der Hofburg die Komarilla lieberhaft am Werk ist, die Wahlreformpläne des Krištofi zum zweitenmal zunichte zu machen. Wer in dem Ringen die Oberhand behalten wird, ist zur Stunde noch fraglich. Wahrscheinlicher ist, daß die Komarilla, auf die die „demokratische“ Koalition alle ihre Hoffnungen setzt, wieder liegt und die Vernunft unterliegt. Dafür spricht alle Erfahrung, die man mit dem sozialreaktionären, veräpfteten Geschlecht der Hofburger bisher gemacht hat.

Inzwischen, während der Kampf in der Hofburg tobt, hat sich im österreichischen Abgeordnetenhaus ein Ereignis vollzogen, von dem nicht ausgeschlossen ist, daß es die Entscheidung über die zum zweitenmal vor dem Kaiser aufgeworfene Frage über die Wahlreform in Ungarn beschleunigt. Zu den Hauptintriganten gegen die Wahlreform zählt bekanntlich Herr v. Gautsch, und der hat gestern eine Ohrfeige über seine ganze Gesicht erhalten. Dem Abgeordnetenhaus lagen nicht weniger als sechs Dringlichkeitsanträge vor, welche die Regierung auffordern, dem Parlament eine Vorlage zum Zweck der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu unterbreiten. Einen Antrag stellte der Sozialdemokratische Verband, die anderen fünf Anträge stammten von kaiserlichen Parteigruppen her. Über die Anträge wurde am 5. und 6. Oktober verhandelt. Ein Dringlichkeitsantrag bedarf nur als dringlich anerkannt zu werden, einer Zweidrittelmehrheit. Die für nun bei der Abstimmung freilich nicht erreicht worden, aber

die Anträge erhielten eine starke einfache Mehrheit! 155 Abgeordnete stimmten dafür und 114 dagegen. Unter den Gegnern befindet sich das gesamte Großgrundbesitzerpaar — die preußischen Junker ins Österreichische überseht. Es war ein Sieg des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, der, wenn er auch für die Reform der Verfassung keine unmittelbaren Folgen zeitigen wird, doch weithin anzeigt, daß für das verhaßte und korumpierte Privilegien-Parlament der Anfang vom Ende begonnen hat. Nach der Abstimmung am 6. Oktober gibt es für die österreichische Wahlrechtsbewegung kein Zurück mehr. Sie wird sich mit elementarer Gewalt durchsetzen und ein Parlament hinwegjagen, das es längst verwirft hat, als Volksvertretung zu gelten.

Herr v. Gautsch hat in der Debatte das Wort ergriffen, um seine alten Schlager gegen die Wahlreform — die Verschiedenartigkeit der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen — abzuleiern. Seine Argumente, wenn man sie als solche gelten lassen will, blieben wirkungslos. Nur das am stärksten privilegierte Gefindel der Adelsliquen und die entarteten Verfechter des deutschbürgerlichen „Liberalismus“, die für jede Schurkerei gegen das Volk zu haben sind, stimmten ihm zu. Und selbst die nicht alle. Aus der Mitte der Parteien wagte es nur ein einziger Redner, offen gegen die geforderte Wahlreform aufzutreten — der Hauptling der polnischen Schlächter, der unmoralischste Geselle der polnischen Volksbedrücker, der bei jeder Wahl für Reichsrat und Landtag seine Hände mit Blut besetzt.

Die Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses am 6. d. M. war eine denkwürdige Sitzung, und es ist unmöglich, sie in der Geschichte des häufigen österreichischen Staatenbildes auszulassen. Sie wird in der Arbeitergeschichte ein mächtiges Echo wecken; sie wird dafür sorgen, daß die Frage der Wahlreform nicht mehr zur Ruhe kommt, nicht eher, bis sie im Sinne des gleichen Rechts und der Gerechtigkeit gelöst ist.

Herr v. Gautsch hat, fast unmittelbar nach der Abstimmung über die Wahlreformanträge, den Reichsrat vertagt, aber er wird sich wohl kaum einbilden, daß nun für ihn die Wahlreform erledigt ist. Denn aus einer solchen Einbildung müßte ihn schon der gewaltige Aufmarsch der Prager Arbeiter aufscheuchen, die am 10. d. M. — dem Eröffnungstag des böhmischen Landtags — die Arbeit ruhen lassen werden, um für die Wahlreform zu demonstrieren. Das Beispiel der Prager Arbeiter wird Nachahmung finden. Herr v. Gautsch, der dem drängenden Rad der Zeit in die Speichen fallen will, wird verdienstvollerweise unter die Räder geraten. — e. r.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 10. Oktober 1905.

Das Konkurrenzgeschäft der Barmherzigkeit.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine, der unter geistlicher Leitung steht, veröffentlicht in der Zentrumspreffe, d. h. in ihrem Zentralblatt, einen Aufruf zur Unterstützung der ausgeperrten Berliner Elektrizitätsarbeiter, natürlich nur der katholischen unter ihnen. Unter den christlichen Tugenden ist es nun vor allem die Aufrichtigkeit, die diesen Aufruf besonders schmückt; er enthält mit so anerkennenswerter Offenheit die letzten Gründe der „christlichen Sozialpolitik“, daß wir es uns nicht verlagern können, einige Sätze aus ihm zum besten zu geben. Es heißt da:

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband bietet allen — auch den katholischen — Arbeitern — eine wöchentliche Geldunterstützung von 6 Mark an.

Viele katholische Arbeiter, besonders die, welche sich bisher dem katholischen Arbeiterverband ferngehalten haben, werden diese Geldunterstützung in Empfang nehmen und dadurch der Sozialdemokratie zugeführt.

Diesen in Not befindlichen katholischen Arbeiterfamilien gewährt der katholische Arbeiterverband ebenfalls mindestens 6 Mark Wochenunterstützung.

Viele katholischen (?) Arbeiter können so materiell unterstützt und vor dem Anstoß an die Sozialdemokratie bewahrt werden.

Es handelt sich darum, in schwerer Stunde katholische Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu bewahren!

Wahrhaft erhehend — nicht wahr? — dieses Bekenntnis zu einem katholischen Sechsmark-Christentum! Der „sozialdemokratische Metallarbeiterverband“ bietet allen, wie ausdrücklich zugesagt wird, selbstverständlich auch den katholischen Arbeitern seine Unterstützung an, er fragt dabei nicht nach Religion und Gesinnung, und tut, was er nur als Pflicht im Dienste der Arbeiter Sache, ohne ein Dankeschön

oder Vergeltens Gott dafür zu verlangen. Nach Renten, die für sechs Mark wöchentlich Sozialdemokraten werden, herrscht bei uns glücklicherweise keine Nachfrage, so daß wir Ehrenmänner, die für sechs Mark wöchentlich Katholiken bleiben wollen, dem katholischen Arbeiterverband von vornherein als ganz und gar ihm zugehörig überlassen dürfen.

Nicht von der Pflicht der Solidarität ist dort drüben die Rede, sondern von der „leiblichen und geistigen Barmherzigkeit“. Und wären die „Sozialdemokraten“ nicht so niederträchtig, „allen Arbeitern, auch den katholischen“, 6 Mark Wochenunterstützung anzubieten, so hätte sich die Barmherzigkeit in keine Unkosten stürzen müssen, sondern hätte die 5000 ausgeperrten katholischen Arbeiter mit ihren Familien ruhig durch Hunger müde werden lassen. Wenn aber die Sozialdemokraten 6 Mark geben, muß man ebenfalls soviel zahlen. Diese Art von christlicher Barmherzigkeit hat nur eine Sorge, nämlich die, ihre Rundschaft zu verlieren, und darum richtet sie ihr Verhalten nach der Konkurrenz ein. Es ist die reine Gesinnungsauktion! Sechs Mark zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten! Wer bietet mehr? —

Endlich ein glaubwürdiges Dementi.

Englische Zeitungen in Kapstadt haben die Nachricht gebracht, daß die deutsche Regierung eine gute Idee gehabt habe. Sie soll nämlich versuchen, Deutsch-Südwestafrika loszuwerden und soll zu dem Zwecke die Engländer gefragt haben, ob sie nicht die westafrikanische Kontursmasse der deutschen Welpolitik unter annehmbaren Bedingungen übernehmen wollten. Die „National-Zeitung“ berichtet glaubhaft, daß „diese Behauptungen jeder tatsächlichen Grundlage entbehren“. Auf einen solchen Gedanken kommt die deutsche Regierung natürlich gar nicht, da ihr ihre Reserveliebkosts Ehre dergleichen nicht gestattet. Außerdem aber ist das Geschäft schon darum nicht zu machen, weil die deutsche Regierung, wenn sie als Kaufpreis auch nur das Zehntel der christlichen Selbstkosten verlangte, von den Engländern einfach ausgelacht werden müßte. Es wird also mit der offiziellen Versicherung der „National-Zeitung“, daß uns das südwestafrikanische Paradies bis auf weiteres erhalten bleibt, seine Richtigkeit haben. Ein glaubwürdiges Dementi also, das wenig Wit gekostet hat, aber dafür desto mehr Geld kosten wird. —

Die Frauen von Bangui.

Unter diesem Titel steht der Genosse Rouanet seine Enthüllungen über die im französischen Kongogebiet verübten Greuelthaten in der „Humanité“ fort. Als die Fälle Gaud und Laque bekannt wurden, suchten sich die Verteidiger des kolonialen Ausbeutungssystems damit zu entschuldigen, daß es sich um Ausnahmefälle handle. Nun kommen aber immer mehr Beweise von dem unmenschlichen Wüten der weißen Abenteuerer gegen die Eingeborenen, daß diese Ausflucht nicht mehr hilft. Jetzt macht die Revolutionspartei Presse Rouanet Vorwürfe, er hätte warten sollen, bis der Minister die betreffenden Dokumente veröffentlicht. Rouanet aber zeigt keine Lust, diesen Rat zu befolgen; er ist der durchaus richtigen Meinung, daß die Berichte der Untersuchungskommission nicht dazu da sind, in den Schranken der Ministerien zu verfaulen. Und in der Tat, gar nicht schnell genug kann die Öffentlichkeit unterrichtet werden von dem Treiben der französischen Zivilisatoren am Kongo. So grauenvoll sind die Schilderungen, welche Rouanet aus den Berichten eines Arztes wiedergibt, daß man sich in die Zeiten des finsternen Mittelalters verlegt fühlt. Man höre:

Der Arzt Dr. Fulconis kam im Mai 1904 direkt von Frankreich nach der Station Bangui. Da er seine Ankunft nicht angemeldet hatte, war auf dem Posten keine Vorjorge für seine Unterkunft getroffen; er mußte mit einem jungen Mann in der Apotheke schliefen nehmen. Dieser Unzustand führte aber dazu, daß er eine grauenvolle Entdeckung machte. Er schlief nur schlecht, und erhob sich am frühen Morgen, um einen Exorzismus zu machen. In der Nähe des Stationsgebäudes hörte er Wimmern und Schreien, das aus einer Hütte drang, deren Tür von außen geschlossen war; er öffnete sie und es bot sich seinen Augen ein schrecklicher Anblick dar. Frauen, nein, weibliche Skelette, abgezehrt, die Augen brennend von Fieber und Hunger, lagen dort durcheinander in Finsternis und Gestank. Die eine — diejenige, deren Wimmern der Doktor gehört — lag, im Hinterrücken, am Boden; sie hatte einem Kinde das Leben gegeben. Hier in dieser Grabeshöhle rana das Leben mit dem Tode in verzweiflungsvollem Kampfe. In der Seite dieser Unglücklichen lag eine andre, die der Tod schon vor einigen Stunden von ihren Qualen erlöst hatte. Wieder andre, deren Arme nur noch ein schwächliches Nöcheln war, hielten in ihren

Woher kamen diese Frauen und Kinder und warum hatte man sie aus ihrer Heimat in die Gefangenschaft geführt, wo man sie elendiglich verhungern ließ? Was hatten sie verbrochen? Ihr Heimatsdorf hatte den habgierigen Beamten der Kolonialgesellschaft nicht genügen den Raubtausch abgeliefert, und so wurden die Frauen als Geiseln entführt, um die Männer zu größerem Fleiß zu zwingen. Auch diese Schilderungen versucht man mit Verichtigungen und Dementis zu bekämpfen. In der Presse der Kaufschutkinteressenten wird es so dargestellt, als ob der französische Agent Gularb die Frauen aus reinster Humanität hinweggeführt hat. Das Dorf sei von den Männern verlassen gewesen; diese seien auf belgisches Territorium entwichen und hätten die Frauen zurückgelassen. Das ist richtig. Mouanet weist aber durch Aufzählung ganz bestimmter Einzelheiten folgendes nach: Der Generalkommissar Gentil hat an seine Unterbeamten die Aufforderung erlassen, vor allem für Eintreibung der Steuern zu sorgen. Die Untergebenen suchten mit Eifer dieser Order nachzukommen, wohl wissend, daß hiervon ihr Avancement abhängt. Immer wenn die Funktionäre des Staates oder der Kolonialgesellschaften mit ihren Herden eintreffen, fliehen viele der Eingebornen in die Nachbargebiete. So war auch das Dorf Ngouankombo von einem Teil seiner Einwohner verlassen, und der Häuptling benachrichtigte Gularb, daß es ihm wegen Mangel an Männern nicht möglich sei, die verlangte Menge von Kaufschut zu liefern. Deshalb wurden aus diesem Dorfe die Frauen fortgeführt und zunächst nach Mongoumba gebracht, um den Anführer des Dorfes zur Ablieferung der verlangten Menge von Kaufschut zu zwingen. Von seiner Familie selbst wurden seine Mutter, seine Frau und ein Kind mit in die Gefangenschaft fortgeführt. Zweimal lieferte der Häuptling Kaufschut ab und verlangte die Herausgabe der Seinigen. Das erstemal war die Quantität dem Beamten auch nicht groß genug und das zweite Mal waren die Frauen mittlerweile schon nach Bangui gebracht, weil in der Nähe von Mongoumba Unruhen ausgebrochen waren. Dort in Bangui fand dann der Dr. Fuleonis jene Frauen in der oben geschilderten grauenvollen Lage vor. —

Der Chinaprozess vor dem Reichsgericht.

G. Leinzig, 9. Oktober.

Freitag, 1. Montag, steht vor dem Reichsgericht in Leipzig die Verhandlung der Revision an, die der Abgeordnete Kunert gegen das ihm zu 8 Monaten Gefängnis erteilte Erkenntnis des Landgerichts Halle in dem bekannten Proceß wegen Verleumdung des sächsischen Gendarmenkorps eingelegt hat. Die Verurteilung erfolgte bekanntlich schon in der ersten Verhandlung vor der ersten Instanz in Halle einer Reihe ehemaliger Teilnehmer des sächsischen Aufstandes erregende Aussagen über die dabei vorgenommenen Plünderungen und Schändereien machten. Das Urteil ist aber auch nicht auf den § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs (Verleumdung nicht erwiesener Thaten) sondern auf § 195 (vermeintliche Verleumdung).

Das Einkommen des Gallener Landgerichtes nimmt jährlich ab, wie es an, daß die zunehmende Steigerung des Grundbesitzes, welche in einer Vermehrung zu des Reichthums gleichfalls 1908 verfallen ist, so gekürzt habe, wie die beiden stromabwärts am Rhein liegenden Gemeinden, nämlich die drei Gemeinden haben das Land von dem reichlichen und geländeten und Gärten geländeten, während die beiden und dem Verarmungswindstomer und -decker abnehmen, daß ihre Einkünfte nach von der ganzen Staatskasse - einem, nicht ausreicht von dem reichlichen Einkommen, die nicht gering ist.

Das Einkommen abnehmen den dem reichlichen Einkommen - gekündeten Staatskasse, die abnehmen, die die Einkünfte der Einkünfte in 1908, mit dem Einkommen abnehmen ist, und der Einkünfte, abnehmen ist von der Einkünfte der Einkünfte, kann abnehmen mit dem Einkünfte, abnehmen ist.

[illegible][illegible]

1. 凡在本行開辦之各項業務，均應遵守本行所訂之各項規章，並應隨時注意本行所訂之各項規章，如有違反者，本行將依法究辦。

folgende Punkte führt: In der ersten Hauptverhandlung der Anklage am 23. Oktober 1903 beschloß der Gerichtshof, amtliche Auskünfte über die Stellung des preussischen Kriegsministers zum offensitiven Expeditionsforsatz eingeholen. Diese Auskunft ist nie befragt worden. Ebenfalls ist der Beschluß des Gerichtshofs vom selben Tage ausgeführt worden, eine große Reihe von Chinesen und Journalisten als Zeugen zu laden, vielmehr hat nur der Angeklagte einige davon im letzten Augenblick selbst laden lassen. In der fünfzigsten Sitzung beschloß der Gerichtshof, die Revision aufgehoben zu werden ist, sich die Revision eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung. Ebenso darin, daß der Gerichtshof vom 26. Juni Fragen über die Verstärkung von Völkern und Leben der Chinesen nicht zugelassen. Anträge auf weitere Zeugenvernehmungen abgelehnt und überein über diese prinzipialen Anträge erst nach Schluß der Beweisaufnahme entschieden habe. Es sei unzulässig, wenn der Gerichtshof von vornherein, schon vor der Beweisaufnahme erkläre, auch die volle Erbringung des Wahrheitsbeweises werde nicht zur Aufhebung eines geringeren Strafmaßes führen. Personen, die wirklich die besagten Verbrechen begangen hätten, könnten durch den Hinweis darauf nicht mit Schmutz besorfen werden.

Die Revision befingelt weiter einige formale Ungenauigkeiten bei dem Anschluß der Öffentlichkeit und schließlich die Zulässigkeit des kriegsministeriellen Strafantrags. Keine Amtsdelikte, sondern nur Verletzung der allgemeinen Sittengesetze sei den Chinakriegern vorgeworfen worden. Wenn sie aber schon in amtlicher Tätigkeit betrieblig seien, so doch nur als Mitglieder des Expeditionskorps. Nur als dessen Vorgesetzter, nicht jedoch als Vorgesetzter derselben Personen habe deshalb der Kriegsminister Strafantrag stellen dürfen. Und da zur Zeit der Straftat das Expeditionskorps schon aufgelöst war, sei dieser Strafantrag unzulässig. Die Revisionschrift gewährt in dem Antrag, das Urteil des Landgerichts habe aufzuheben und das Verfahren einzustellen, oder den Angeklagten freizusprechen oder die Sache zur erneuten Verhandlung an ein anderes Landgericht zu überweisen.

Die Verhandlung der Revision findet vor dem 3. Straßsenat unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Treplin statt. Die Anklage vertritt der Reichsanwalt Dr. Nagel. Außer dem Angeklagten Reichstagsabgeordneten Kunert selbst ist auch sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, zugegen.

Zunächst gibt der Referent, Reichsgerichtsrat Rabmeyer, eine Uebersicht über die oben wiedergegebenen Urtheile- und Revisionsgründe. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann führt aus: Der Strafantrag scheint mir rechtlich ungültig aus doppeltem Grunde. Einmal ist gar nicht die Berufstätigkeit der Soldaten vom Angeklagten zum Gegenstand der Beleidigung gemacht worden. Freilich meint das Appellationsgericht, im Kriege seien die Soldaten stets in der Ausübung ihres eigentlichen Berufs, und die Vorwürfe des Angeklagten umfassen auch schwere Verfehlungen gegen die militärischen Disziplinarregeln. Die Folge der früheren Ausübung wäre die ganz abwegige Forderung, daß die Soldaten im Felde keine andern Handlungen als die ihnen eigentlichen begehen könnten. Ein derartiger Grund entspringt der juristischen Klarheit und Präzision. Auch das Vorhandensein besonderer Disziplinarverhältnisse reicht nicht aus, um die Voraussetzungen der Beleidigung zu erfüllen. Wenn vom Reichsgericht der Vorwurf geistlichlicher Exzeße selbst bei Geistlichen, an deren moralischen Lebenswandel ganz besondere Anforderungen zu stellen sind, noch nicht als Vorwurf in bezug auf Berufstätigkeit angesehen wird, so sei dies bei Soldaten noch viel weniger zulässig. Es fehlt also an der Feststellung der Beziehung der Beleidigung auf die Berufstätigkeit. Aber auch sonst hätte der Expeditionskorps keine Vorrangberechtigung. Nach der Mitteilung des Expeditionskorps kam der Kriegsminister als amtlicher Vorgesetzter der nur als Teilnehmer des Spinafeldzugs Beleidigten nicht mehr in Betracht. Die Nichtzulassung der Fragen nach Zerstörung von Leib und Leben der Angeklagten hat die Beleidigung außerordentlich erschwert. Um Urtheil ist ausdrücklich herabgehoben, die Strafe müsse empfindlich ausfallen, weil eine sehr große Zahl von Personen mit Schmutz bespottet worden sei, d. h. Unwahrheit von ihnen behauptet worden sei. Deshalb ist der Wahrheitsbeweis in der That sehr wichtig für den Angeklagten und das Strafmaß. Wenn das Gericht ausführt, der Angeklagte hätte dieselbe Strafe erlitten, gleichviel, was der Beweis ergeben hätte, so ist eine solche Abschwächung des Beweises seiner Erhebung unzulässig. Richtig ist die Anwendung des § 155 statt des § 156 zu rügen. Schließlich ist der Begriff der "öffentlichen" Beleidigung verkannt. Nicht auf den Ort kommt es an, sondern auf die Möglichkeit einer unbestimmten Anzahl von Personen, die zu hören.

Rathsanwalt Dr. Nagel beantragt die Verwerfung der Revision. Nach der Kritik des Berichters und einiger Ausführungen des Anklägers wird die Sitzung geschlossen.

Sagen 24, Wir findet die Urtheilsfindung statt: Die Revision des Angeklagten gegen das Urtheil vom 26. Juni wird **servorworfen**. Der Senat ist in der Hauptsache den Aufstellungen des Reichsanwalts gefolgt. Sognderer Prüfung bedurften folgende Punkte: Die Abweisung der Fragen betr. die Verhandlungen ist erfolgt, weil die insinuirte Verhinderung davon nicht ist: Das nicht gleich der gelegentlich zugelassenen Abkürzung wegen Nachzugehörigkeit zur Sache. — Die unter Verweis gestellten Thatsachen hat die Strafkammer augenscheinlich als wahr anerkannt, und auch gewürst, ob dieser Nachweis nicht das Strafmaß zugunsten des Angeklagten vermindere. Daß sie nicht Frage gewesen hat, beruht auf Rechtsgründen lediglich tatsächlicher Natur, die hier nicht nachzuweisen sind. — Die Selbstdigung ist auch in Bezug auf den Verweis erfolgt. Es gehört zu den Aufgaben des Senats, die im Militärstrafgesetzbuch § 127, 128, 129 express nunturirt sind, sich der Handlungen zu enthalten, in deren Vorwurfe ihnen die Selbstdigung befehlt. — Für die Zulässigkeit des Revisionsmittels ist der Strafantrag war allerdings der Nachweis einer fortwährenden Zugehörigkeit zum Heere auch nach Auflösung des Exerzierkorps notwendig. Eine solche ergibt sich aber auch aus dem Umstande der Auflösung dieses Korps und seine Mitglieder der Angehörigen der kaiserlichen Heere geworden, oder aus dem Exerzierkorps zurückgeführt oder in Heere beurlaubt werden, nur jedenfalls nach wie vor dem Kriegsmilitär als Angehörigen anerkannt gehalten. So ist die vom Senat gemietene unrichtige unrichtige Darstellung der tatsächlichen Stellung, auf die die Selbstdigung befehlt, gewesen. Der angebliche Widerspruch in der Fortführung der Heere des Strafmaßes kann nicht als verurtheilt anerkannt werden. Die Strafkammer hat offenbar gegen das Urtheil: Denn auch die Höhe der Verhandlungen nicht unethisch. Nicht immer noch an so einschneidender Teil von Selbstdigten. Auch, daß das Strafmaß danach gerechtfertigt ist. Demnach war wie gefordert zu erkennen. —

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840.

[illegible]

Eine Sozialwissenschaft in New-York. Das Buch
von Prof. Dr. J. A. Schmitz, New-York, ist ein
sehr interessantes und wichtiges Werk, das
die Sozialwissenschaft in New-York darstellt.
Es ist ein Buch, das man lesen sollte.

[illegible]

über den letzten großen politischen Generalstreik in Belgien und die nach ihrer Ansicht bei dieser Bewegung begangenen Fehler gemacht hat. Die Zuchtschrift besagt: Der Generalrat bedauere, daß die Genossin ihre Angriffe nicht auf dem internationalen Kongress zu Amsterdam erhoben hat, wo die belgische Partei vertreten war und ihr hätte erwidern können. Außerdem genüge es ihm festzustellen, daß bei der Bewegung von 1902 sämtliche Beschlüsse über die zu besetzende Taktik mit Einstimmigkeit gefaßt worden sind, daß insbesondere, nach Ablehnung des Antrags auf Verfassungskrebitation, die Wiederaufnahme der Arbeit mit Einstimmigkeit gegen eine Stimme, nicht nur von den politischen Parteimitgliedern, sondern auch von den Vertretern sämtlicher aller am Kampfe beteiligten gewerkschaftlichen Föderationen beschlossen worden ist. Die belgische Arbeiterpartei sei sich bewußt, im April 1902 im vollsten Maße das getan zu haben, was im sozialistischen Interesse gelegen ist. —

Mandelburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 10. October 1905.

Zur Fleischnot.

Die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbewegung ist, die Lebenslage der Arbeiter zu heben. Je mehr ihr das gelingt um so mehr fördert sie die Kultur. Auch den Magdeburger Arbeitern ist diese Erkenntnis besonders in den letzten zwei Jahren gekommen, sie haben ihre Gewerkschaften an Zahl verdoppelt und ganz besonders in dem letzten Jahre harte Kämpfe mit dem Unternehmertum geführt, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Eine Grundlage für die gehaltenen Erfolge gibt der vorjährige Bericht des Gewerkschaftssekretariats. Es heißt da auf Seite 91: „Schätzungsweise kann man ruhig annehmen, daß die Arbeitereinkommen durch die Lohnbewegungen um 700 000 Mark gestiegen sind. Die Gesamteinnahme der Gewerkschaften beträgt 335 957,68 Mk. Davon müssen die Summen, die als Unterstützung an die Mitglieder zurückgezahlt sind, in Höhe von 111 141,41 Mk. in Abzug gebracht werden. Es bleiben danach 224 816,24 Mk. Diese für die Gewerkschaften aufgewendete Summe hat den Mitgliedern also etwa 300 Proz. Zinsen getragen, d. h. die in die Gewerkschaften hineingezahlten Beiträge sind den Arbeitern in Form von Lohnerhöhungen durch die Unternehmer in dreifacher Höhe zurückgezahlt, ganz zu geschweigen von den Effekten der Lohnbewegungen, als da sind: bessere Behandlung, besserer Schutz vor Betriebsgefahren und Lebenszeitverlängerung durch Arbeitszeitverkürzung! Wo ist der Tor, der diese Erfolge gering ansieht?“

Die Arbeiterschaft Magdeburgs kann auf diesen Erfolg mit Recht stolz sein. Doch die Vorgänge der letzten Zeit zeigen recht deutlich, daß beide Zweige der Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche und die politische Bewegung, sich ergänzen, Hand in Hand arbeiten müssen. Denn was der harte, erbitterte gewerkschaftliche Kampf eines Jahres den Arbeitern gebracht, ist durch den agrarischen Wentezug in einem halben Jahr zunichte gemacht. Als die Gleichnот im Stadtparlament beschworen wurde, wies man von unserer Seite darauf hin, daß die Gleichmacher der Bevölkerung Magdeburgs in sechs Monaten 1¼ Millionen Mark abnehmen. Rechnet man die besitzende Klasse, die Beamten usw. ab, so ergibt sich mit Klarheit, daß die durch die Gewerkschaften mühsam erkämpfte Summe in die Taschen der Agrarier geflossen ist. Aus dieser Tatsache können die Arbeiter die Lehre ziehen, daß sie neben den streifen-gewerkschaftlichen auch ebenso gute politische Organisationen haben müssen, damit die gewerkschaftlichen Errungenschaften durch die politischen Organisationen gesichert werden. —

— Der Vorstand des deutschen Städtetags

trat am Montag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters
Richtner zur Beratung von Maßnahmen zur Linderung der
durch die andauernde *Fleischtheuerung* entstandenen Not
und zur Beilegung der Uebelstände, die sich immer mehr
fühlbar machen, in Berlin zusammen. An den Beratungen
nahmen teil Bürgermeister Dr. Meiß, Stadtverordneten-
vorsteher Dr. Langerhans, die Oberbürgermeister v. Vorst-
Münch, Widder-Frauffurt a. M., Wederstein a. Rh.,
Beutler-Dresden u. a. —

— Von einer sozialdemokratischen Machtprobe jagt

Die Arbeiter wieder einmal der „Central-Anzeiger“. Damit meinte er — die **Kassierung** der Arbeiter in der Weichenfabrik Ggertsdorf. Die Kassierung erfolgte, weil 10 Arbeiter sich weigerten, in denselben Zeitabschnitt Lohnzahlung von 10 Prozent entgegenzunehmen, in der die Rentner sich **25 Prozent** Zuzahlung bewilligten. Das nennt der „Blatt eine sozialdemokratische Machtwort“. Das ist ein schon höheres Wohlsein, den die Leser des „Central-Anzeiger“ aber nicht merken. Was er aber die Ursache dieser Kassierung nicht orientiert wurden. —

— Konfuzius der Firma Garrett Smith u. Co. Dr.

Firma Garrett Smith u. Co. hat am 9. Oktober den Konkurs ange-
 meldet. Im Handelssteil der heutigen Nummer der „Magdeburgischen
 Zeitung“ wird das Ereignis in folgender Weise angekündigt:
 „Seit die hiesige, seit etwa 30 Jahren bestehende und in
 den weitesten Kreisen bekannte Lokomotivfabrik von Garrett Smith
 u. Co. den Konkurs angemeldet, nachdem eine seit längerer Zeit an-
 geforderte Reorganisation der Firma sich als undurchführbar erwiesen
 hat, wobei die mehrfachen, gerade bei dieser Firma
 in Szene gesetzten Streiks von erheblichem Einfluß ge-
 wesen sind. Die Passiva einschließlich Hypotheken betragen rund
 1.000.000 Mark betragen.“

Die beiden wichtigsten Punkte sind, wie wir hören, völlig unbestritten, dagegen soll der hiesige Centralverein, mit dem die Firma seit Jahren gearbeitet hat, in Einklangsetzung gezogen, aber für seine nicht menschlichen Forderungen durch Anwaltschaftsbegehren gestraft sein. So ist denn eingetreten, was viele, die mit den Verhältnissen im Verein vertraut waren, vorausgesagt haben. Schuld daran sind aber nicht die Streiks, nein, die Streiks sind auch erst eine Folge jener Wirtschaft gewesen, die seit Jahr und Tag im Betrieb herrschte, und über welche die Arbeiter, solange sie nicht selbst darunter zu leiden hatten, den Kopf schüttelten, gegen die nicht aber etwas sagten, wenn sie für die Arbeiter und ander ihnen schau. In den Versammlungen der Arbeiter wurden manches Mal Proben dieser Wirtschaft angeführt und daran die Verurteilung geknüpft: „Es

Radeberger Stroh- und Filzhut-Fabrik

65 Breiteweg Magdeburg Breiteweg 65

gegenüber Café Hohenzollern

Billigste Bezugsquelle für Modistinnen.

Die Besichtigung des Riesenlagers ist auch ohne Kaufzwang gern gestattet.

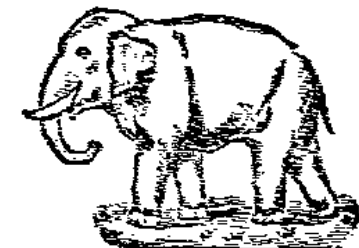
Riesen-Auswahl
in garnierten und ungarnierten
Damen- und Mädchen-Hüten
sowie
Herren- und Knaben-Hüten
zu enorm billigen Preisen.

Gustav Gröschel

Schneidermeister 365
8 Georgenplatz 8
Anfertigung feiner u. solider
Herren- und Knaben-
Garderobe



Billigste Preise!
Allerbeste
Verarbeitung!
Garantie
für guten Sitz!
Anzüge
von 30 Mk. an
Paletots
von 30 Mk. an
komplett u. Maß
Arbeitslohn
für Anzug oder
Paletot
von 15 Mk. an
Reparaturen
Reinigen, Auf-
bügeln, Herbe-
rücken, etc.
aller Arten
kleidungsstücke
schnell, sauber
und billig
Zwecks Abholung erbitte ich Karte



Sparsame Hausfrauen verwenden mit
Vorteile

Elfenbein-Seife

Marke „Elefant“ von
Günther & Haussner
Chemie-Fabrik
In fast allen Material-, Droge-
und Fein-Gehtäften zu haben.

Obsthalle!

Apfel, Birnen und Pflaumen
zum billigen Tagesvertrieb
Albert Kelle, Königsplatz.

Tinte

(schwarze) empfiehlt die
Buchh. Votzschmann, Bureau Auguststraße 15.

Hierdurch bringe ich zur Kenntnis, daß ich am Mittwoch den
11. d. M. im Hause meines Mannes

Rottersdorferstrasse No. 10

Butter- und Margarine-Spezialgeschäft

eröffne.
Ich bitte mein Unternehmen bei eintretendem Bedarf gütigst zu
berücksichtigen und sichere beste und aufmerksamste Bedienung im voraus zu.
Hochachtungsvoll

M 163 **Bertha Wagner.**

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25-60 Mk.
Neue Nähmaschinen aller Systeme
in billiger Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz).
Bestes seit 1865 besteh. Geschäft dier. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigen Preisen. 576

Uhren
jeder Art, auch wenn
sie verdorben sind,
werden gut u. billig
repariert. — Neue
Feder 1 Mk., reinigen 1 Mk.
Neue Uhren sehr billig. 1619
**Merker, Uhr-
Notenbstr. 27-28.**

Billige Stiefel
nur Altes Brücktor 2
Feinstes Pflaumenmus
von 5 Pfund ab das Pfund 15 Pf.
Anton Mathy
393 i. Fa. G. Storbeck
i Grönmarmstr. 1
Einzige Musfabrik am Platz,
deren Mus prämiert ist.
Altmann-Gebirg 19 III. 6. 8.

Tüchtige Rohrlieger
Züchtige solide
**Nieter, Schlosser
und Zuschläger**
Sucht 996
Monteur Gansener
Elbebrückenbau Wittenberge.

Ziel Geld

erhält man auf jede Wertache.

Leihhaus

Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
Neu! Vollständig diskrete
Abfertigung. 3302
Privat-Kontor. Bus-
ermäßigung.
Sprechstunde 2322.

Singer-Nähmaschine, gut
nähend, 1.15 Mk. zu verkaufen. Schützen-
straße 19 p. L. gegenüber Schöneberg.
Züchtige solide
**Nieter, Schlosser
und Zuschläger**
Sucht 996
Monteur Gansener
Elbebrückenbau Wittenberge.

Möbel

auf Credit.

Bettstellen
Matratzen
Kleiderschränke
Vertikows
Diwans
Kommoden
Waschtiseltten
Tische, Stühle
Herren-Konfektion
Damen-Konfektion

Abzahlung
1 Mark
Biener & Chusid
Breiteweg 66
an der Fontaine

Schaftstiefel

in extra starker Ware empfiehlt
Wilh. Coors
1011 Sudenburg
Salberstädterstraße 116.

Schneiderei für bessere Damen-
schneider und perf. Zuschneiden
Schuhstraße 28, 1 Tr. 375

Aufwärterin gesucht von früh
7-9 Uhr.
1018 Weinberg, Berlinerstr. 1a.

Schlachtfest!

Restaurant
W. Lackenmacher
Dittenbergstraße 13.

Walnalla.

Jeden Abend
Stürmischer Erfolg
des konkurrenzlosen
Oktober-Spielflans.

Zirkus M. Schumann

Magdeburg, Königsstraße.
Bornehmstes und elegantestes Unternehmen der Gegenwart!

Mittwoch den 11. Oktober

2 Große Vorstellungen 2

4 Uhr nachm. — 8 Uhr abends.
Nachm. zahl. Kind. unter 10 Jahr. auf all. Sitzpl. halbe Preise.
In beiden Vorstellungen außerordentliches Programm.

Direktor M. Schumann mit seinen konkurrenzlosen
Meisterkassendressuren!

L'homme sauvage

Der wilde Mann oder Die beiden Rivalen
Große historische
Ausstattungs-Pantomime

in 5 Akten und 46 Tableau aus der Zeit Heinrichs II., Königs
von Frankreich und des Navarragiebtes
in Szene gesetzt vom Direktor **Max Schumann**,
ausgeführt von über 150 Personen.
Kostüme angefertigt von der Firma **Goede** Magdeburg.

Außerdem:

Les Aribos Kraft-Utrobaten 1. Ranges

The Singhalese-Athlet
Mr. Rannie

Rom. Entree der orig. Clowns
Rappo u. Reade

Mr. William
mit sein. vorzügl. dressierten
Hunden, Gsel u. Schwein.

Abends 8 Uhr:
gr. Sportakt mit electr. Lichteffekten
ausgeführt vom Dir. **Schumann**.

Donnerstag den 12. Oktober, abends 8 Uhr

Große Sport-Vorstellung.

Das Programm jeder Vorstellung besteht aus 16 der besten
Repetoir-Nummern und wechselt jeden Tag.
Preise der Plätze wie bekannt.

Vorverkauf im Zigarrengesch. v. C. Jacobs, Ulrichsbof.
Die Zirkuskasse ist geöffnet von morgens 10 bis 1 Uhr und
abends von 6 Uhr ab. An den Tagen, an welchen 2 Vorstellungen
stattfinden, von morgens 11 Uhr ab ununterbrochen. 574

Deutscher Holzarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Die Werkstatt-Delegierten

tagen am Mittwoch den 11. Oktober, abends 8 Uhr,
im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.

Die Tagesordnung ist derart wichtig, daß keine Werkstatt unter-
treten sein darf. Die Verwaltung.

Freie Gast- und Schankwirte Deutschlands

Verwaltung Magdeburg

Versammlung

Mittwoch den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr, beim Kollegen
Habner, Vulkan, Grusonstraße.

Mitglieder werden dajelbst aufgenommen. Die Ortsverwaltung.

Halberstadt. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Donnerstag den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im
Sollmannschen Lokale, Bakenstraße 68

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über „Klassenjustiz oder Gerechtigkeit?“
Referent: Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. 2. Vereins-
angelegenheiten. 3. Berichtendes.

Wir machen es den Genossen zur Pflicht, zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein für Magdeburg und Jung.

Mittwoch den 11. Oktober, abends 8 Uhr

im „Dreikaiserbund“

Ausserordentliche Generalversammlung

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Besprechung über die Beschlüsse
des Parteitages in Jena.

Mitgliedsbuch legitimiert. Genossen, welche der politischen Organisation beitreten
wollen, haben Zutritt.

Der Vorstand.

Es braucht **Niemand**
sich **mehr**
Kopfschmerzen
zu machen

wo er seinen Möbel- und Bettenbedarf deckt!

Teilzahlung

Ganze Wohnungseinrichtungen
bei geringer Anzahlung
und bequemer Abzahlung

Theodor Matthies Breiteweg 82, I
Ecke Venedigschestr.

Wahlvorbereitungen in Frankreich.

Die Kammerwahlen sind jetzt der Schwerpunkt, nach dem alle Kräfte der inneren Politik Frankreichs hinstreben. Ihre Vorbereitungen nimmt die Energie der Parteien dermaßen in Anspruch, daß die bevorstehende abschließende Kammertagung ohne große Sensation verlaufen dürfte. Sie ist ein kurzes Finale, das die Musikanten zerstreut herunterhuden, da alle ihre Aufmerksamkeit schon auf das schwere nächste Stück gerichtet ist.

Was das Bild der zum Wahlkampf aufmarschierenden Parteien diesmal am auffälligsten von dem letzten Wahljahre unterscheidet, ist das Fehlen einer karmenden pseudo-revolutionären Demagogie. Der Nationalismus liegt auf dem Sterbebett, von innerer Fäulnis aufgezehrt. Politische Bedeutung hat er eigentlich nie besessen, nie etwas anderes bewirken können als flüchtige Verlegenheiten der Regierung. Die politische Einflußlosigkeit von Paris hat er noch verstärkt. Von der bunt zusammengewürfelten Truppe werden sich am ehesten noch die provinziellen Elemente erhalten können, die Klerikalen und monarchistischen Junker, die den Modetitel des Nationalismus aufgenommen hatten, weil sie so das malkontente Kleinbürgertum in ihre Gefolgschaft zu locken hofften. Die Spießbürger der Kleinstädte haben freilich auch den unsreichtbaren Rärm recht satt bekommen. Sie haben gegen die Republik im Grunde nichts einzuwenden, den Radikalismus, die billige Gemüthung der Pariser Skandalpolitiker haben sie nicht mitzulesen können, und sie sind zu nüchtern, um gleich den fast noch im Verhältnis der Hörigkeit zurückgebliebenen bretonischen Bauern die Geschäfte der Feudalen ohne Lohn zu besorgen. Man hat diese kühle Gesinnung wahrgenommen, als die von den Klerikalen angekündigte und mit allen Kräften geschürte „Volksbewegung“ gegen die Trennung von Kirche und Staat in der allgemeinen Gleichgültigkeit der „Gläubigen“ versank. Die Kirchenoberen in Frankreich sind jetzt sogar ernstlich von der Sorge bedrückt, wie sie die nötige Anzahl zahlender Mitglieder in ihren Kultusgemeinden zusammenbringen sollen. Diese nichts weniger als leidenschaftliche Stimmung läßt den Nationalisten nicht viel Hoffnung. Einer ihrer radikalsten Kampfbahnen, der bonapartistische Plebiszitärschies, hat schon, um sich den sicheren Durchfall zu ersparen, weise darauf verzichtet, wieder zu kandidieren.

Der eigentliche Kampf wird sich innerhalb der republikanischen Parteien abspielen und sein stärkstes Merkmal wird das des Klassenkampfes sein. Die geeinigte sozialistische Partei geht, so wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus Paris geschrieben, mit frohem Mut auf der ganzen Linie vor. Getreu ihren Grundjagen, stellt sie den bürgerlichen Kandidaten ohne Rücksicht auf ihre Parteischattierung proletarische Kandidaten entgegen. Für eine sozialistische Partei, die die Unversöhnlichkeit der kapitalistischen und der kommunistischen Wirtschaftsordnung verkündet, ist diese Haltung eine Selbstverständlichkeit, und nichts wäre widersinniger, als in einer Wahltagung, die doch vor allem der Propa-

ganda der sozialistischen Ideen, der Erweckung des Massenbewußtseins gewidmet ist, bestimmten bürgerlichen Parteien oder Kandidaten um der demokratischen oder sozialpolitischen Nuancierung ihres Programms oder persönlichen Befehnisses willen die Unversöhnlichkeit zu garantieren oder gar mit einzelnen bürgerlichen Gruppen eine Wahltaktik der Bestandsanderhaltung zu vereinbaren. Ueber dieses Grundprinzip der Wahlaktion hat von Anfang an in der ganzen geeinigten Partei volle Einstimmigkeit geherrscht. Die „gemäßigte“ Presse aber tut so, als hätten die Sozialisten da etwas Unerhörtes beschlossen, und sucht besonders die Radikalen gegen die Sozialisten scharf zu machen, indem sie ihnen vorredet, das sei der Lohn dafür, daß sie jenen im Parlament so großen Einfluß gegönnt hätten. Einige Radikale sind auf den plumpen Sniff schon hineingefallen und klagen die Sozialisten des Bruches der republikanischen Solidarität an. Aber niemals hat ein Sozialist — und sei es auch der gemäßigte — die durch die parlamentarische Situation zeitweilig gebotene oder zu rechtfertigende Kooperation mit den bürgerlichen Parteien der Linken in dem Sinne gedeutet, daß die Sozialisten darauf verzichten sollten, neue Anhänger in der republikanischen Bevölkerung zu gewinnen.

Der jetzige Feldzug der gemäßigten Blätter hat keinen andern Zweck, als die Radikalen für eine Konzentration nach rechts und für die Unterstützung der kapitalistischen Reaktion einzufangen. Da bei dem überwiegend Kleinbürgerlichen Charakter der radikalen Wählerchaften die demagogischen Qualitäten des Abgeordneten eine wichtigere Rolle spielen als die Konsequenz seiner Politik, ist es wohl nicht ausgeschlossen, daß die Angst der radikalen Abgeordneten um ihre Mandate eine solche Verschiebung in den parlamentarischen Verhältnissen wirklich herbeiführt, besonders da einzelne hervorragende Radikale, vor allem Clemenceau, ihrem durch die Fortschritte der sozialistischen Ideen erregten seltenerbewußtsein durch unausgesetzte, mehr böshafte als geistvolle Angriffe auf den Sozialismus Befriedigung verschaffen. Daß in dieser Campagne auch mit Entstellungen nach Kräften gearbeitet wird, kann niemand wundernehmen. So wird eine Meinungsäußerung Guesdes in einer Rede in Grenoble, daß „die Republik nur ein Wort“ sei, immer wieder zitiert und gegen Daurès' Anspruch, daß die Verteidigung der Republik die erste Aufgabe sei, ausgespielt. Als ob da für jemand, der nicht mitdenken will, ein Widerspruch bestände! Wenn es bloß auf die Form, nicht auf den Inhalt ankäme, könnte man die alte Republik Venedig als ideale Staatsform präsentieren. Und ist es nicht töricht, einen Mann wie Guesde, der seit einem Menschenalter daran arbeitet, das Proletariat zum Gebrauch der republikanischen Freiheiten zu erziehen, der Gleichgültigkeit gegen diese Freiheiten zu bezichtigen?

Die in einem bisher noch nie erreichten Umfang, mit der aus der gegliederten Einigung geschöpften Begeisterung unternommene Wahlaktion der Sozialisten wird dem bevorstehenden Wahlkampf ihren Stempel aufdrücken. Ob sich ihre Erfolge unmittelbar in einem starken Mandatsgewinn darstellen werden, läßt sich heute

jähren sagen. Aber man darf vor allem hoffen, daß sie dazu beitragen wird, daß die noch immer blutenden Wunden der proletarischen Organisation sich endlich zu schließen beginnen. Der mächtige Zug der sozialistischen Propaganda wird wohl auch die Proletariatsmassen ergreifen, die, durch die unaufhörlichen Zwistigkeiten der alten Organisationen verstimmt, von Mißtrauen gegen die politische Aktion überhaupt erfaßt worden sind und einer Kurgewerkschaftlerei anhängen, die ebenso beschränkt und konfus ist, als sie sich revolutionär gebärdet. Und sie wird auch in jene proletarischen und halbproletarischen Schichten Klarheit bringen, die unter dem Einfluß der revolutionären Tradition den Illusionisten und Spekulanten der bürgerlichen Demokratie Vertrauen bewahrt haben. Denn darin hat die gemäßigte Presse sicher recht, wenn sie jetzt meint, es werde den Radikalen doch nichts nützen, daß sie sich der Popularität im Proletariat zuliebe den zweideutigen Titel „Radikalsozialisten“ zugelegt haben. Die Entwicklung der Klassenherrschaft führt mit notwendiger Logik dazu, solchem Schwindel das Lebenslicht auszublauen. —

Zum Niesenkampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie.

Doch eine Machtprobe der Unternehmer.

Die Unternehmer suchen jetzt die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Sie verenden an die Presse eine Darstellung der Ursachen des Streites, die deshalb für die Arbeiter interessant ist, weil sie zugibt, daß die Unternehmer den Streik der 470 zur Machtfrage stempelten. „Die Frage der Lohnerhöhung spielte nur in ihren Konsequenzen eine Rolle.“ So heißt es wörtlich in dem Schriftstück der Elektrizitätsgewerkschaften. Die Frage der Lohnerhöhung spielt in der Tat keine Rolle in dem gegenwärtigen Streit; ihrewegen hätten die Elektromagneten nicht Tausende und aber Tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen. Die Lohnforderung der 450 Mann diene ihnen als Vorwand zu einer Machtprobe; die unbequeme Organisation der Arbeiter will man vernichten, deren Selbstbewußtsein zerstören!

Ob das gelingen wird, hängt nicht von den Metallarbeitern allein, hängt von dem tatkräftigen Eingreifen der Gesamtarbeiterchaft Deutschlands ab!

Die Solidarität der Scharfmacher.

Die Kapitalisten, die den Berliner Elektrizitätsring beherrschen, haben einen millionenschweren Geldbeutel, die uneingeschränkte Unterstützung der Regierung und das Bewußtsein, daß sie solidarisch handeln müssen. Die Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände hat ein Zirkular an die angeschlossenen Verbände und Betriebe gerichtet, in der der Kampf in Berlin natürlich — es ist angesichts der Tatsachen eine ungeheure Unverschämtheit — zu einem von den Arbeitern angezettelten Machtkampf der Arbeiterorganisation

Genilleton.

Nachdruck verboten

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(7. Fortsetzung.)

„Der Sohn eines alten Regimentskameraden von mir.“ sagte der Major. „Ich las neulich zufällig seinen Namen in der Fremdenliste des Zentralhotels. Mrs. Buffalo — fiel mir auf — erkundigte mich und — wahrhaftig, er war's. Der kleine Rudolf von Eckardt, der als Quarantäne nach Amerika ging.“

„Entschuldigen Sie mich einen Augenblick, es ist hier so heiß.“

„Mama, was ist dir? Du wirst ohnmächtig.“

„Nein, nein! Ihr dürft eure Posten nicht verlassen. Kinder! Es ist nichts! Der Major wird mich auf eine Minute auf den Korridor führen.“

Und noch auf dem Wege dahin fragte die Frau, bleich, zitternd, auf höchster Aufregung: „Rudolf von Eckardt? Wirklich — unser Eckardt?“

„Ja, unser Eckardt! Ach, meine liebe Exzellenz, wie mich das freut, daß ich den Jungen endlich gefunden habe — nach fast zwanzig Jahren!“

„Weiß er denn?“

„Nichts weiß er — und er soll's auch erst erfahren, wenn Asta seine Frau ist.“

„Asta seine Frau? . . . Was haben Sie nur für Ideen — ich . . .“

„Die alte Schuld soll ihre Mitgift sein: dann haben Sie die Last von der Seele, und wir sind alle die dumme Gesellschaft los. Ach, wenn uns das Mädchen bloß den Eckardt tun wollte, sich recht unverschämte in ihn zu verlieben, dann quittiert er Ihnen: gewiß mit Freunden und Tausend! Dann, ohnedem! Aber, liebe Exzellenz, nichts merken lassen, sonst mache ich für nichts — Sie kennen ja Asta auch.“

„Ach, kamm's gar nicht fallen! So kann ihm gar nicht in die Augen sehen! Wir ihn, als müßte er mich mit einem Blick zu Boden werfen, unser Rudolf! — Asta und er! Sind Sie denn Ihrer Sache so sicher? Und woher denn?“

„Das sage ich Ihnen alles später. Asta — Amerikanerin!“

„Er war wirklich die ganzen zwanzig Jahre drüben? Was ist er denn dort gewesen?“

„Schlossergeselle.“

„Schlossergeselle?!!!“

Drittes Kapitel.

Was ein harmloses Tischgespräch für seltsame Dinge zutage fördern kann, und was der Leutnant Bodo sonst noch auf dem Herzen hat.

Wierzehn Tage nach dem geschickten Basar im Rathaus, es war an einem Sonntage, fand sich der Dragonerleutnant von Versen bei seiner Frau Mutter zu Tische ein. Sie, sowie die beiden Schwestern bemerkten sofort, daß er nicht so frisch wie gewöhnlich aussehe. Er klagte zwar entschuldigend, daß ihm etwas fehle und war, um dies zu bekräftigen, ganz ungewöhnlich lustig und gesprächig. Aber seine Schertheit hatte etwas Gezwungenes an sich und die nervöse Unruhe in seinen Zügen, in allen seinen Bewegungen strahlte seine Verwirrung aus.

„Ma Trudi.“ sagte Bodo zu seiner „kleinen“ Schwester. „Dir kann man ja zu Deinen Erfolgen als Büchermädel gratulieren! Die Herren Kameraden haben sich Dir zuliebe alle den Magen an Deinen Süßigkeiten verdorben! Muß ja ein brillanter Massenkurz gewesen sein! Hast Du auch alles richtig abgeliefert — nichts verloren?“ Er deutete auf sein Herz.

„O nein, Du.“ versetzte Trudi und warf den hübschen Kopf in die Höhe. „Das verliere ich überhaupt nicht, das verliere ich höchstens. Aber von Deinen Herren Kameraden fragst es keiner, daß Du's nur weißt! Die kommen sich alle so unverschämlich und begehrenswert vor, daß sie ein Herz nicht einmal geschenkt nehmen, wenn's nicht noch nötig was dazu gibt.“

„Ja, so seid Ihr nun, Ihr kleinen Weiber! Dacht Du, daß wir nicht lieber jeder seinen persönlichen Schatz heizen möchten, als so einen dünnen Einer mit möglichst vielen Knollen dran?“

„Ne, für eine recht große Muß ist wenigstens immer gefordert, wenn einer von Deiner Sorte heiraten!“ rief Trudi spitzig.

„Vogelstreich!“ fuhr der Bruder ärgerlich auf. „Du bemüht Dich wohl jetzt, ebenso unausföhrlich zu werden, wie früher Asta war?“

„Aber liebe Kinder.“ mahnte die Exzellenz von ihrem Fensterplatz aus. „Müßt Ihr Euch denn immer gleich zanken, wenn Ihr nur fünf Minuten zusammen seid?“

„Ja, sage doch selbst, Mama.“ sagte der Leutnant. „Die Trudel war doch früher das feinste kleine Kammhündel, das man sich denken konnte, und jetzt . . .“

„Ja früher!“ lachte die Blonde und machte sich mit dem Decken des Tisches zu tun. „Früher kannte ich auch noch keine Menschen, sondern nur Uniformen.“

„Saba! Und wo hast Du denn jetzt auf einmal die wahren Menschen gefunden? Hier in dieser schönen Stromstraße vielleicht? Deinen Doktor Diederichsen meinst Du wohl, den Demokraten?“

„Doktor Diederichsen ist gar kein Demokrat!“

„Ach was! Doktoren sind alle Demokraten, Arbeiter und dergleichen — die Naturforscher ganz besonders, die glauben an gar nichts!“

„Bist Du etwa so ein frommer Mann, Bodo?“

„Fromm? — Ein anständiger Mensch muß doch was glauben!“

„Ja, Du glaubst, daß Dir Dein blauer Ueberrock fames geht, und daß Du der schneidigste und feilbohlste aller Kontanten seist.“

Der Bruder hörte nicht auf ihre Bosheit: „Dieser Diederichsen ist also der wahre Mensch! Seine Spezialität sind ja wohl Würmer? Bist Du ein Teufel!“

„So, wirklich!“ rief Trudi sehr aufgebracht. „Er beschäftigt sich mit höchst anständigen Sängertieren, daß Du's nur weißt, Du — Du . . . ach, mit Dir rede ich gar nicht!“ Und damit ließ sie aus dem Zimmer.

Bodo lachte ihr nach, als ob sein Witz sie besiegt hätte, und wandte sich dann an Asta, die mit einer Handarbeit ihrer Mutter still gegenüber saß. „Da hat mir Dein Amerikaner wahrhaftig noch besser gefallen, wie dieser lehengrünlitzige Hausgelehrte.“

(Fortsetzung folgt.)

gestempelt wird. Natürlich wird von dem Verfasser des Pamphlets davon gefabelt, daß die „unbarmhertigen Arbeiter“ zu den bestentlohten überhaupt gehören, und aufgefordert, keinen dieser Arbeiter in Beschäftigung zu nehmen. Das soll auch auf die Arbeiter ausgedehnt werden, die am 14. Oktober von den gar nicht am Kampfe beteiligten Berliner Metallindustriellen ausgesperrt werden. Man will also den brutal und ohne jeden Anlaß auf die Straße geworfenen Arbeitern auch außerhalb Berlins jede Arbeitsmöglichkeit nehmen.

Sonderlich aufregen werden sich darüber die Berliner Metallarbeiter nicht. Mit dieser Maßnahme des General-Schmiederverbandes mußten sie ja von vornherein rechnen. Immerhin wird aber dadurch deutlich bewiesen, wer eigentlich nach dem bekannten Wort: „Schwerste Strafe dem, der andre an freiwilliger Arbeit hindert“, hinter schwedische Gardinen gehört und wer Nachtkämpfe provoziert. Erfolgreich können die Arbeiter diese Kämpfe aber nur durchführen, wenn sie den Nachtmitteln der Unternehmer die Waffe entgegenstellen, über die sie verfügen: die Solidarität der Arbeiter. —

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung und die Aussperrung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat beschlossen, zu der am Donnerstag stattfindenden Sitzung folgende Anträge einzubringen:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, Mittel zu ergreifen, um die Beschäftigung von Feuerwehrlenten aus Anlaß der Aussperrung in der Berliner Elektroindustrie zu verhindern.

2. Die Versammlung ersucht den Magistrat, aus bereiteten Mitteln 500 000 Mark zur Unterstützung der Familien der in der Berliner Elektroindustrie ausgesperrten Arbeiter den beteiligten Arbeiter-Organisationen zur Verfügung zu stellen.

Die allgemeine Situation.

Im Allgemeinen ist die Lage unverändert. Die Werke halten mit Hilfe der Streikbrecher den Betrieb in notwendiger Weise aufrecht, wie lange noch, steht dahin. Ueber die Behandlung der Arbeitswilligen müssen selbst bürgerliche Blätter mitteilen, daß die Leute geradezu als Gefangene behandelt werden. Tag und Nacht bringen sie in den Werken zu und werden auf Schritt und Tritt von Aufpassern und Schußleuten bewacht. Zeitungen bekommen die Eingesperrten überhaupt nicht zu lesen und der Briefverkehr wird scharf kontrolliert. Mit einem Menschenmaterial, das sich solche entwürdigende Sklavenbehandlung bieten läßt, kann der Betrieb von Werken von der Bedeutung der Berliner Elektroindustrie nicht allzulange aufrechterhalten werden.

Die Unternehmer suchen ihre wachsenden Verlegenheiten dadurch zu überwinden, daß sie versuchen die Spezialbetriebe der Werkzeugbranche mit der Anfertigung von Streikarbeit zu betrauen. Es wird daher von der Organisation darauf aufmerksam gemacht, daß alle Arbeit, die von den Elektroindustriellen ausgeht, als Streikarbeit zu betrachten und daher zu verweigern ist. Auch außerhalb Berlins werden die Arbeiter ersucht, streng darauf zu achten, daß keine Streikarbeit hergestellt wird.

Angedachte Friedensverhandlungen.

Die bürgerliche Presse irakiliert die Öffentlichkeit während der letzten Tage unausgesetzt mit Nachrichten über „neu angebahnte Friedensverhandlungen“. Notizen wie: „Wiederaufnahme der Arbeit in Sicht“ usw. wollen augenscheinlich den Eindruck erwecken, als seien die Unternehmer auf dem besten Wege, den Streikenden vermehrte Zugeständnisse zu machen. Wie dem „Vorwärts“ jedoch mitgeteilt wird, gehen die Vermittlungsversuche lediglich von privater

Seite aus. Das Zentral-Streikkomitee hat mit denselben nichts zu tun. Es ist auch durch kein Geheimnis, daß die privaten Friedensvermittler von den Kühnemännern zwar sehr freundlich und liebenswürdig empfangen, aber auch ebenso liebenswürdig wieder abgelehnt werden. Irrenden die greifbaren Anhaltspunkte dafür, daß die Elektromagneten und mit ihnen die Grobisenindustriellen etwa zur Einsicht von der Unmöglichkeit gekommen wären, sind bisher nicht vorhanden. Der Kampf dauert fort und wird am 14. Oktober eine bedeutende Verstärkung erfahren, wenn die angekündigte Aussperrung von weiteren 20 000 Mann ausgeführt wird. —

Gewerkschaftsbewegung.

Die Buchbinder Königsbergs sind in den Streit getreten. Es konnte keine Einigung erzielt werden, da die Arbeitgeber keine annehmbaren Zugeständnisse machen, obwohl ihnen die Gehilfen schon entgegengekommen waren. Diese halten recht bescheidene Forderungen aufgestellt. Die Arbeitgeber boten ihnen aber viel weniger und stellten an die Gehilfen das Ansuchen, auf 5 Jahre einen Vertrag zu schließen und falls dieser nicht gekündigt werden sollte, sollte er auf weitere 5 Jahre Geltung haben. Darauf gingen die Gehilfen selbstverständlich nicht ein, wohl aber lehnten sie von ihren Forderungen einiges herab, doch an der Schließung des Vertrags auf 2 Jahre hielten sie fest. Doch davon wollten die Arbeitgeber nichts wissen, worauf die Gehilfen am Sonnabend beschlossen, überall da, wo die Forderungen nicht bewilligt sind, am Montag in den Streit zu treten. Einige Geschäfte haben bewilligt. —

Die Posamentierer Leipzigs streiken. Die Situation ist günstig, denn die Arbeit drängt und bis jetzt hat sich nur ein Arbeitswilliger gefunden. Geldmittel sind genügend vorhanden. Die Streikenden sind entschlossen, mit Entschiedenheit bei ihren Forderungen zu beharren, denn vom Ausgange des Streiks in Leipzig, wo der Verband selbständiger Posamentierer Deutschlands seinen Sitz hat, hängt das Schicksal der Lohnbewegungen ab, die gegenwärtig an vielen anderen Orten Deutschlands im Gange sind. —

Der Verein der Lohnwissenschaftsmaschinenbesitzer in Plauen, der über 2000 Maschinen mit etwa 5000 Arbeitern beschäftigt, hat nach der „Leipziger Volkszeitung“ beschlossen, nächsten Sonnabend den sämtlichen Arbeitern zu kündigen und die gesamten Betriebe am 28. Oktober zu schließen. —

g. Der Holzarbeiterstreik in Färth hat eine neue Wendung genommen. Wie noch erinnert ist, haben die Arbeiter sich dem Schiedsspruch des Einigungsamts unterworfen, während die Unternehmer dies ablehnten und erklärten, daß sie von den vorher gemachten minimalen Zugeständnissen nicht abgehen würden. Neuerdings hatten die Streikenden über die Frage zu entscheiden, ob sie den Streik fortsetzen wollten oder nicht. Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Zentralvereins der Bildhauer beschlossen, im Auslande zu beharren, die Christlichen und Jüdischen Quaderhauer jedoch entschieden sich für Wiederaufnahme der Arbeit. Man ist nun neuerlich darauf, ob sie wirklich wieder in die Fabriken gehen werden, da ein großer Teil von ihnen erklärt hat, sich dem Beschlusse nicht zu fügen.

Generalversammlung der Tabakarbeiter.

(Eigener Bericht der „Volksstimme“.)

Leipzig, 6. Oktober 1903.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Frage der Tabakbesetzung erörtert, worüber Reister referiert. Auf seinen Vorschlag wird folgende Resolution angenommen:

Die 12. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die angekündigten, seitens der Reichsregierung geplanten Tabaksteuererhöhungen, überhaupt gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, die die Ausbreitung der allgemeinen schädlichen Heimerkrankung fördert und die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt, den Konsum an Tabakfabrikaten einschränkt und damit Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Tabakarbeiter zur Folge hat. Die Generalversammlung protestiert um so schärfer gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks, als der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski, in der Zollkommission des Reichstages im Jahre 1902 auf Anfrage erklärte, die Regierung denke nicht an eine höhere Besteuerung des Tabaks.

Sie protestiert auch gegen die trotz dieser Erklärung des Staatssekretärs durch die neuen Steuerprojekte und die veränderte Stellung der Regierung betriebene Heimerkrankung der Tabakindustrie und fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften

den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aufzunehmen und zu führen.

Es folgt die Diskussion über die Statuten-Vorschläge der Siebener-Kommission. Verschiedene Delegierte hätten gewünscht, daß die Anträge ihrer Zahlstellen bei den Arbeiten der Kommission Berücksichtigung gefunden hätten. Vieles wird auch kritisiert, daß durch die Statutenanordnung der Unterstellungen diese zum Teil stark beschnitten werden. Während ein großer Teil der Redner die heutigen Nachmittags-rundweg gegen jede Beitrags-Erhöhung ist, die sie angesichts der niedrigen Löhne vor ihren Mandatgebern nicht verantworten könnten, erklärten andre, sie würden, wenn auch schweren Herzens, für eine Erhöhung des Beitrags um 5 Pfg. stimmen, weil sie sich überzeugt hätten, daß es ohne eine solche unmöglich weitergehe. Das werde man vor den Mandatgebern schon rechtfertigen können. Einige Delegierte sind sogar der Ansicht und beantragen, schon diesmal eine Erhöhung von 10 Pfg. zu beschließen, damit sich die nächste Generalversammlung nicht abmühen muß mit einer solchen zu beschaffen. Vorj. Deichmann: Die Beitrags-Erhöhung von 5 Pfg. sei unbedingt nötig, um dem Verbande seinen Kampfscharakter zu wahren; den schweren Kämpfen, welche die Zukunft bringen werde, müsse der Verband mit einer leistungsfähigen Kasse gerüstet gegenüberstehen. Wollte man aber die Unterstellungen unbeschnitten lassen, dann würden auch 10 Pfg. Erhöhung nicht hinreichen. Wegen der 5 Pfg. Erhöhung sollten doch gerade die Tabakarbeiter nicht so viel Weisens machen, die sich von den Fabrikanten Abzüge oft bis zur zehnfachen Höhe ohne Murren gefallen lassen.

Nach weiterer ausgiebiger Diskussion wird die Entscheidung auf Sonnabend vertagt. —

Leipzig, 7. Oktober 1903.

Ein erhält das Schlusswort über die zur Statutenänderung vorliegenden Anträge. Es folgt dann die Spezialdiskussion. Bei § 3 — Beitragsleistung — entspinnt sich noch einmal eine lebhafte Debatte. Ein Antrag Krohn will die Beitrags-Erhöhung auf 10 Pfg. bemessen sehen, ein Antrag Müller-Berlin besagt: Weibliche Mitglieder haben das Recht, in den Klassen 1, 2 und 3a, die neu zu schaffen sind, einzutreten.

Nachdem noch verschiedene Redner erklärt hatten, sie würden lieber für 10 Pfg. Erhöhung stimmen, wenn dadurch die Abstriche an der Krankenunterstützung vermieden werden könnten, und Deichmann nachgewiesen hatte, daß auch dies unmöglich sei, wird der § 3 nach der Kommissionsfassung mit 5 Pfg. Erhöhung und Herabsetzung der Krankenunterstützung von 1:27 auf 1:21, unter Schaffung einer Klasse IIa, in namentlicher Abstimmung mit 65 gegen 5 Stimmen angenommen.

Es folgt die Diskussion über § 7 (Streikunterstützung). Der Paragraph wird in der Kommissionsfassung angenommen mit der Änderung, daß der Streikzuschuß nicht „für Kinder unter 14 Jahren“, sondern „für Kinder, zu deren Ernährung und Erhaltung der Streikende verpflichtet ist“, gezahlt werden soll.

Bei § 9 — Arbeitslosenunterstützung — wird die Kommissionsfassung mit der Maßgabe angenommen, daß im Wortlaut ausdrücklich die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an Invaliden unterlagert wird. Reiseunterstützung, Krankenunterstützung, Wächterinnen-Unterstützung und Sterbegeld werden in der Kommissionsfassung beschlossen. Ebenso werden die übrigen Paragraphen, die eine Erhöhung der Vorstandsgehalt um einen Sekretär und einen Beisitzer und die Übertragung der erstinstanzlichen Entscheidung über Streiks vom Ausschuss auf den Vorstand bringen, genehmigt. Beim Streikreglement sah die Kommissionsfassung eine Bestimmung vor, nach der bei Vereinigungen wegen abgelehnter Streiks der Ausschuss in Gemeinschaft mit dem Vorstand beraten und beschließen sollte. Nach sehr eingehender Debatte wird diese Bestimmung dahin abgeändert, daß in der Vereinigungsinstanz wohl der Vorstand mitzuberaten, der Ausschuss aber allein zu entscheiden habe.

Dann werden Statut und Streikreglement in ihrer Gesamtheit angenommen und ihnen Wirkung vom 1. Januar an verliehen.

Aus dem nun folgenden Bericht der Reichswerde-Kommission ist der folgende Fall von allgemeinem Interesse. Beim Dresdener Kampf hatten die Frauen von zwei Verbandsgliedern Streikbrecherdienste geleistet. Die Männer wurden darauf aus dem Verbande ausgeschlossen. Sie erhoben Beschwerde bei der Generalversammlung. Die Beschwerde-Kommission beantragte, den Ausschuss zurückzunehmen, beiden aber einen Tadel auszusprechen, weil sie nicht ihren ganzen Einfluss auf ihre Frauen geltend gemacht hätten. Die Generalversammlung belies es indeß im Interesse der Disziplin und des Ansehens des Verbandes beim Ausschuss.

Im weiteren fand folgende Resolution Annahme: „Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, gemäß den Beschlüssen der Dresdener Generalversammlung, den von den Tabakarbeiter Nordhansens in Gemeinschaft mit dem Vorstand angestellten Minimaltarif weiter zu beraten.“

Es folgt die Regulierung der Gehaltsfrage. Auf Vorschlag der Siebener-Kommission wird dem Vorstehenden das Gehalt auf 2100 Mark, dem Kassierer auf 2000 Mark erhöht; der 1. Sekretär erhält 1900 Mark, der 2. Sekretär 1800 Mark Anfangsgehalt; die

Der Jean.

Eine Schelmengeschichte von Ernst Held.

(12. Fortsetzung.)

Jean setzte sich und sah sich um. Auf einem Stuhl am Fenster saß Marie, die Hände flüchtig über ihr Gesicht streichend und auf ihrem Schoße lag ein Buch. Die ganze Hand und Augen zu friedlichem Schlaf geschlossen.

„Wann gehst Marie nicht zu Bett?“ fragte Jean ernst.

„Sie hat geschlafen, und dabei ist sie eingeschlafen. Was sie nicht, sie wacht schon von selber auf.“

„Wo ist Elfe?“

„In dem Kuche, wache sie wach. Kommt auch langsam ins Bett.“

„Wie ist der Vater denn heute?“

„No, jo. Begren Sonnabend ist er mal was geblieben.“

Die Seiten der Kuche öffnet sich und Elfe trat ein. Sie hatte geschlossene Augen und war über Jean's Schoß nicht gekommen. Wütend sagte sie Jean's Vater und legte sich an den Tisch.

„Was machst du hier?“ fragte ärgert die Mutter.

„Du kommst ja nie das hübsche Mädchen.“

„Du bist die einzige Tochter. Du bist auch. Du bist schön und wachst und bist ein gutes Kind.“

„Du bist die einzige Tochter.“

„Du bist die einzige Tochter.“

„Du bist die einzige Tochter.“

„Du bist die einzige Tochter.“

„Du bist die einzige Tochter.“

„Du bist die einzige Tochter.“

„Du bist die einzige Tochter.“

Jean lächelte. „Du siehst aber nicht danach aus. So'n hübsches, hübsches Mädchen.“

„Dann, Jean, recht hast.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

„Du bist eben aus.“

wieder herein, Elfe an der Hand, die selbstmitleidig in ihr und Gondscheu dastand.

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

„Und sie an!“

(Fortsetzung folgt.)

Sanfteiler sollen ebenfalls 1800 Mark im Monat erhalten. Die Reiseskaten werden auf 7 Mark pro Tag festgesetzt. Außerdem trägt der Verband die Hälfte der Beiträge zur Unterhaltungsvereinigung des Vereins Arbeiterpresse und die vollen Jubiläumsbeiträge. Für etwaige vom Vorstand einzuführende Sitzbezüge werden 1600 Mark Anfangsgeld ausbezahlt. Notwendig werdende Ortsbezüge, die auf Vorschlag der betreffenden Orte vom Vorstand vorbehaltlich der Bestätigung der nächsten Generalversammlung angesetzt werden, erhalten 1800 Mark. Die Wahl des Vorstandes ergibt folgendes Resultat: zum ersten Vorsitzenden wird Reichmann, zum Kassierer Nieder-Wel-Land wiedergewählt, zum ersten Sekretär wird Gerke-Nordhausen, zum zweiten Sekretär Tiedemann-Bremen bestimmt. Vorsitzender des Ausschusses wird, da Meißner unüberwindlich ablehnt, Gehring-Ostenfelden.

Die Punkte 8 und 9 werden der vorgewiesenen Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt; darauf wird die zwölfte Generalversammlung in der üblichen Weise geschlossen.

Soziales.

Arbeitslöhne auf preussischen Landratsämtern. In der „Mähringer Kreiszeitung“ findet sich, wie wir in der „Berliner Morgenzeitung“ lesen, folgendes Inserat:

Bei dem hiesigen Landratsamt können junge Leute, welche sich für die Kanzlei ausbilden wollen, sofort eintriften. Dagegen findet auch ein Kanzeleigehilfe von fester Beschäftigung, Remuneration 15 bis 20 Mark monatlich.

Mohrungen, 21. September 1905.
Der Landrat. v. Weit.

15 bis 20 Mark monatlich für einen Kanzeleigehilfen, also einen Mann, der sein Fach verstehen und sein Amt zuverlässig ausüben soll. In Berlin hat das Kaufmannsgericht ein Monatsgehalt von 25 Mark als „gegen die guten Sitten verstoßend“ bezeichnet. In Hinterösterreich muß man aber dafür sorgen, daß die Löhne der Kanzeleigehilfen im Einklang bleiben mit denen der Landarbeiter.

g. Von der „trauten Heimat“. Gefühlsvoller Dichter schmieden klingende Verse zum Lobe der Heimat. Aber die Wirklichkeit ist auch hier anders und manchen Menschen wird die vielbesungene und vielgepriesene Heimat zum Schrecken. Das soll wieder einmal nachstehender Fall beweisen. In Würzburg lebt eine Frau, die in den flehigen Jahren steht. In ihren jungen Jahren heiratete sie einen Mann, der aus einem kleinen niederbayerischen Bauerndorf stammte. Die Leute schlugen sich recht und schlecht durch, bis vor Kurzem der Mann starb, seine Witwe mittellos zurücklassend. Sie ist zu alt und schwach, um sich selbst ernähren zu können, die Kinder haben selbst genug zu tun, um sich durchs Leben zu bringen, und können die Mutter nicht unterstützen. Deshalb bleibt ihr nichts anderes übrig als die Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Aber von der Stadt Würzburg hat sie nichts zu verlangen. Sie ist zwar in Würzburg geboren und erzogen, vielleicht noch nie aus der Stadt hinausgekommen, ihr Mann hat jahrzehntelang seine Steuern an die Stadt bezahlt — doch diese braucht sich nicht um die Mittellose zu kümmern. Durch die Verheiratung hat die Frau die Heimat ihres Mannes erworben, sie ist also nach jenem niederbayerischen Dorf zuständig, das sie noch niemals gesehen hat, dort ist „ihre Heimat“. Es wurde nun bei der Gemeindeverwaltung der Antrag gestellt, der Frau eine ständige Unterstützung auszusprechen. Die Gemeinde tut das jedoch nicht, sie verlangt, daß die Frau in ihre „Heimat“ kommen soll. In dem Antwortschreiben heißt es: „Die Frau soll nur hierherkommen. Sie kann dann abwechselnd bei den Bauern essen und dafür die Gänse hüten.“ Dieser Satz illustriert unsre herrliche Wirtschaftsordnung auf das Beste. Die alte, an der Schwelle des Grabes stehende Frau soll fort aus einer Umgebung, mit der sie durch ein sieben Jahrzehnte langes Leben verwaht ist, sie soll fort in ein wildfremdes, entlegenes Dorf, wo niemand sie kennt, wo sie noch nie war, wo man sie als Ortsarme mit scheelen Augen anschaut und wohl auch noch verhöhnt; dort soll sie jeden Tag an einem andern Tisch das Unabenbrot essen und zum Dank dafür die Gänse hüten! Wenn sie sich in Würzburg nicht selber ernähren kann und etwa bettelt, so kann es ihr passieren, daß sie ausgewiesen und in ihre „Heimat“ verschickt wird, um sich dort im Turnus mit den Abfällen von der bäuerlichen Küche füttern zu lassen und Gänsehirtin zu spielen. Ja, es ist wirklich etwas Hebräisches um die deutsche Heimat!

Jugendparade.

Die Tagung der Sittlichkeitskassatiker in Magdeburg gliedert ein Berliner Blatt in dieser Weise:

Die Tagung der deutschen Sittlichkeitsvereine zu Magdeburg bietet das abschreckende Bild einer Versammlung von Leuten, die so reden, als komme es ihnen mehr darauf an, ihre eigene Meinung ins rechte Licht zu setzen, als den Rufen ihrer Mitmenschen zuzuhören. Die Redner überdrehen sich förmlich in der Kunst, Mißverständnisse zu markieren, ohne daß auch nur ein einziger Teilnehmer gerade aus der Zusammenkunft dieser Versammlung das Bedenken gezogen hätte, daß andre Zeiten andre Sitten bringen, und man sich daher nicht festreden müsse. Vor dreißig Jahren, als schon manches Mitglied dieser Tagung im Salatz wandelte, wäre es unerhört gewesen, daß Frauen und sogar Fräulein öffentlich mit nachfolgender offizieller Publikation in der Presse über Geschlechtsverkehr und Generie Morale erörterten und sogar sich für die Verurteilung des Sozialwissenschaftlers erklärten, da das von Vort so geordnet sei. — natürlich nur des ehelichen Geschlechtsverkehrs, meinte das betreffende Fräulein. — Immerhin mag auch jetzt noch mancher Schwarzred in sich hineingebrummt haben: das Weib schmeißt in der Kirche — aber das Licht einer freien Lebensanschauung ist doch so stark und durchdringend, daß selbst die schwärzeste Seele, die so von einem Vortragsredner verhöhlt wird, sich des leuchtenden Schimmers nicht völlig entziehen kann. Die Frauen und Jungfrauen aber, die in Magdeburg so ungerührt über die moderne Geschlechtsmoral verfallen durften, mögen sich für diese Freiheit bei den Vertretern eben dieser modernen Moral bedanken. Früher bezeichneten die frommen Eiferer Frauen, die über diese

Dinge sprachen oder auch nur merken ließen, daß sie etwas davon wußten, als entmenschte Weiber ohne Scham und Sitte. Das geht nun heutzutage schließlich nicht mehr an.

Um so mühtender stachelt die erweiterte Konkurrenz den Sitteneifer der Weibchenverbände um die Krone der Tugenden. Zeder redet in den blauen Dunst hinein, ist aber persönlich äußerst brav. So, als es sich um die Frage der Geschlechtskrankheiten handelte; einer wollte sagen, daß geschlechtskranke Soldaten bestraft würden, was wahrscheinlich die jungen Kriegsmänner ermutigen soll, ihre Krankheit zu meiden; ein anderer predigte den Kreuzweg gegen die Mittel zum Schutz vor Ansteckung, was ja im Grunde genommen auch wieder ganz konsequent ist, denn die Ansteckung ist ja die gerechte Strafe für die „Verzerrung“. — So eiferte ein Fräulein Paula Müller darüber, daß man uneheliche Mütter nicht „gefallene“ nennen sollte; sie war aber sonst lieb und gut, indem sie für Mutter und Kind sorgen wollte, nicht etwa weil, sondern trotz dem sie unehelich seien, in welcher Unterscheidung praktisch die ganze Herzenshärtigkeit sich kennzeichnet, vor der eine uneheliche Mutter lieber ins Elend flieht, ehe sie ihre Wogensuppe mit Vorwürfen über ihren „Fall“ hinunterwürgt.

Über den außerehelichen Geschlechtsverkehr waren alle sich darin einig, daß er verwerflich sei; sie nannten ihn schamlos „Unzucht“. Na ja! — auf Worte kommt es schließlich nicht an, aber wenn es ernstlich um Besserung von Mißständen zu tun ist, der legt sich doch nicht einfach auf Schimpfen, sondern bemüht sich, die Dinge zu begreifen, die er bekämpft. — Nun besteht doch zwischen dem außerehelichen Geschlechtsverkehr, der nicht auf Prostitution beruht, und zwischen der Prostitution ein himmelweiter Unterschied. Die außereheliche Liebe kann sittlich völlig rein sein, wie andererseits die eheliche Liebe keineswegs immer auf sittlich reinem Boden wächst. Niemand in der Versammlung hatte den Mut oder die Einsicht, diese wichtige Unterscheidung zu machen, sondern man kam ganz bequem mit dem Begriff der „Unzucht“ aus, der freilich zum Schimpfen sich besser eignet als zum Reformieren. Darum hat auch niemand gewußt, was nun eigentlich gegen die „Unzucht“ geschehen sollte; anscheinend legte man großen Wert auf die Protektion jener Anstalten, in denen die aus den Zugen gegangene Tugend mit Langeweile und Gebet wieder eingeengt wird. Aber wir glauben nicht, daß durch den Geheißer die verführerische Romantik der kranken Liebesleide vernichtet, noch durch Langeweile der Leichtgläubigkeit, die Poesie der Jugend, ersetzt werden kann. Erfahren wir doch fast wöchentlich aus den Tagesblättern, daß gerade in den Kreisen der frommen Peter von Berns der Teufel mit unverhältnismäßig günstigen Prozentfächen sein Geschäft betreibt.

Die in Magdeburg versammelten Tugendkassatiker haben wieder einmal der Sittlichkeit einen empfindlichen Stoß beibringt, indem sie die ernststen Bestrebungen, die zur Hebung der Sitten allerorts zutage treten, diskreditieren. Ein gesunder Volksinstinkt mißtraut den Pharisäern und sieht die Zöllner mit um so mißlicherem Urteil an, je lauter das Pharisäertum zum Himmel schreit.

Provinz und Umgebung.

Burg, 10. Oktober. (Der Fahrraddieb.) Welcher am Freitag voriger Woche dem Postkassierer Jim aus der Wohnung ein Fahrrad stahl, ist jetzt dingfest gemacht worden. Der Täter war der Arbeiter F. Wollendorf hier, aus Ludwigs, Kreis Randow, gebürtig. Er ist sofort in Haft genommen. Das Rad konnte seinem Eigentümer wieder ausgestellt werden.

— (In das hiesige Krankenhaus überführt) wurde eine Frau aus Schöpsdorf. Diese war unter typhusähnlichen Erscheinungen erkrankt und wurde deshalb in einem besonderen Kleinfahrgewagen nach hier überführt.

Elbingerode, 10. Oktober. (500 Mark Belohnung) hat der Erste Staatsanwalt zu Halberstadt auf die Ermittlung des Mörders an dem Heizer Lips ausgesetzt. In der amtlichen Bekanntmachung heißt es u. a.: Außer zwei unerschütterlichen Schutzverleugungen im Akt und in der rechten Stirnseite, die von einem kleinsten Revolver oder Leuchtpistole her zu sein scheint, wies die Leiche mehrere Schnittwunden am Hals und Kopfe auf. Eine derselben hatte den sofortigen Tod durch Verletzung der Halsarterie herbeigeführt, da die Kehle und die großen Schlagadern durchschnitten waren. Die Schnittwunden mußten mit einem langen, scharfen Messer beigebracht sein. Es ist anzunehmen, daß der oder die Täter mit dem Blute des Opfers bespritzt sind. Die Tat ist anscheinend am 6. Oktober er. gegen 7 Uhr abends geschehen, da um diese Zeit von mehreren die Landstraße Elbingerode-Niedeland passierenden Personen Schüsse und Hisselweie gehört sind. Nach den bisherigen Ermittlungen erscheint Mordmord aus geschlossen, dagegen ein Mordmord wahrscheinlich.

Elbingerode, 9. Oktober. (Feuer.) In dem Mannswaren-lager des hiesigen Konsumvereins ist heute nachmittags plötzlich Feuer ausgebrochen. Der Schaden, welcher entstanden ist, soll sich auf etwa 300 Mark belaufen. Es ist dem Lagerhalter gelungen, rechtzeitig weitere Gefahr zu verhindern. Wie das Feuer dort entstanden ist, weiß niemand. Vielleicht haben Kinder mit brennenden Streichhölzern gespielt und solche in das offene Fenster hineingeworfen.

Sterkradt, 8. Oktober. (Es tut ihn sehr fremden!) Kürzlich ging dem hiesigen Standesamt aus Großheringen ein unantworbener Brief als „Postoffizielle Dienstfächer“ mit Staatsporto be-liefert zu. Der Brief ging unangekündigt zurück und jetzt erhielt Bürger-meister Hermann in seiner Eigenschaft als Standesbeamter das be-liehende Briefstück mit der folgenden originellen Mandamentierung versehen: „Es tut mich sehr fremden, daß Sie diesen Brief nicht angenommen haben. Wir wissen alles an den Standesbeamten, der die Geschicklichkeit vollzogen unter Postoffizielle Dienstfächer und dieser zieht dann die Postverträge von den Beteiligten ein. Wenn es nun die hiesige Zeit war, was dann? Der Standesbeamte.“ — Ja, was dann?

Quebelsburg, 10. Oktober. (Lande-Abend.) Auf Ver-anlassung des Gewerkschaftsartikels findet Sonntag den 15. Oktober im Restaurant „Vorwärts“ ein Lichtbilder-Vortrag statt. Das Thema lautet: An den Klaffen dreier Erdteile. Da die Veranstaltungen des Herrn Lande sich eines guten Rufes erfreuen, dürfte wohl auf ein volles Haus zu rechnen sein. Karten sind im Vorverkauf bei den Kartendelegierten, den Gewerkschafts-Kolportageuren und im Restaurant „Vorwärts“ zu haben.

Wernigerode, 9. Oktober. (Der Streit um das Trint-geldern) auf der Elbwiese des „Anteiligerz“-Ver-anstalt den Herrn Herrn Herrn, „Weißer Schwan“, nachdem er auf die Verursachung der Handlungsgeschäften hingewiesen hat, die Hoffnung auszusprechen, daß unter den Klammern auch ein derartiger Fund, unsern Gewerbe entsprechend, gegründet wird, um die Interessen der Angehörigen und die Stellenwucherer so zu wahren, wie die großen kaufmännischen Verbände. Dann allerdings haben wir es nicht mehr nötig, auf „Servis“ angewiesen zu sein. Wir wollen dem Herrn, der sich ausnehmend bisher noch sehr wenig um die Ver-hältnisse im Kleinkauf gekümmert hat, verraten, daß bereits seit Jahren eine Organisation besteht, nämlich der Verband der Kaufmänni-chen Deutschlands, die in der einfachsten Weise die Interessen ihrer Mitglieder vertritt. Es kann ihm daher nur empfohlen werden, wenn es ihm ernst ist um die Hebung seines Standes, diesem Ver-bande beizutreten und rasches Mitglieder für ihn zu werden.

Ärztliches und Gerichtliches.
Zu dieser Angelegenheit erhalten wir von Herrn Dr. Niemann, Staßfurt, nachfolgende Zuschrift:
In der Beilage zur vorigen Sonntag-Nummer Ihrer Zeitung bin ich von einem gewissen Herrn Nieger in vollkommen unmoti-vierter und unerhörter Weise angegriffen worden, so daß ich bereits wegen der in diesem Artikel enthaltenen Beleidigungen Klage beim Gericht eingeleitet habe. Obgleich nun bereits in einer der folgenden Nummern dieser Herr gerührend abgefertigt ist und es sich daher für mich erübrigte, eine Erwiderung einzufenden, will ich doch noch zu meiner Rechtfertigung, wenn man von solcher überhaupt sprechen kann, einige Unrichtigkeiten resp. Unwahrheiten besonders hervor-heben.

Grundsätzlich ist die Behauptung, ein praktischer Arzt könne in einem Prozeß gegen einen andern Arzt nicht als Sachverständiger fungieren, es müßte immer ein Professor sein, in dem der Einsender offenbar so etwas wie ein höheres Wesen erblickt. Der beste Gegen-beweis ist der, daß ich vor einigen Jahren in dieser Sache in der Voruntersuchung ausdrücklich als Sachverständiger vor den Richter geladen bin, und mir am Schluß meines Gutachtens die Frage vor-gelegt wurde, ob ich eine Fahrlässigkeit in dem Handeln des Herrn Dr. Mann erblicke oder nicht. Eine Verweigerung der Antwort steht mir laut Gesetz nicht zu. Sind außerdem Professoren in derselben Sache als Sachverständige geladen, so ist deren Urteil nicht etwa höherwertig, sondern es steht dem Gerichtshof vollkommen frei, weissen Gutachten er beipflichten will. Im Gegenteil ist es sehr gut denkbar, daß in derartigen landläufigen praktischen Sachen der vielbeschäftigte praktische Arzt das sachgemäßere Urteil fällt. Wenn ich, wie aus den Prozeßakten hervorgeht, die oben gestellte Frage offen gelassen habe, so ist dies aus kollegialen Rücksichten geschehen, zu denen ich allerdings Herrn Dr. Mann gegenüber am wenigsten verpflichtet war.

Wenn ferner der Einsender es so hinstellt, als habe ich mich als Sachverständiger von Herrn Nieger laden lassen, so ist das ebenfalls grundfalsch. Herr Nieger hat mich vielmehr privat schriftlich durch seinen Rechtsbeistand laden lassen, und einer solchen Vorladung mußte ich, soweit gehen natürlich die juristischen Kenntnisse des Ein-senders nicht, bei Vermeidung einer hohen Geldstrafe, ebenso folgen, wie einer gerichtlichen, da der erforderliche Kostenvorschuß seitens des Herrn Nieger bezahlt war. Und daß ich Herrn Nieger zuliebe in meinen Geldbeutel greife, kann er doch nicht verlangen. Hiermit ist auch der Vorwurf der Blamase, als Sachverständiger nicht zum Wort zugelassen zu werden, hinfällig. Denn die Nichtvernehmung eines Sachverständigen, der geladen ist, ist bekanntlich etwas Un-längliches. Wenn nämlich das Gericht dieselbe zur Klarstellung der Sachlage nicht für erforderlich erachtet, kann es jederzeit auf die Vernehmung des Betreffenden aus Gründen der Zeitersparnis ver-zichten.

Die übrigen Beleidigungen sind so gröblicher Natur, daß ich vorerwähnten gerichtliche Schritte unternommen habe.

Ich bitte diese Zeilen aufzunehmen und zeichne:
Hochachtungsvoll
Dr. Niemann.

Vermischte Nachrichten.

*** Die Rettung der Sittlichkeit.** Ein Leser erzählt der „Frankf. Ztg.“ die folgende Geschichte von der wieder einmal ge-retteten Sittlichkeit: Ein Verein, der sich in besseren Zeiten einmal den schönen Namen „Kulturverein“ beigelegt hat, baut sich ein neues Saalgebäude für Konzerte usw. Mit künstlerischem Schmuck soll dabei nicht geizt werden; man kann sich's ja leisten. Unter anderen erhält ein junger Maler den Auftrag, Kartons für Mo-saikbilder zu entwerfen. Er wählt für zwei seiner Bilder das Jungbrunnenmotiv. Die Bilder werden angenommen, freilich nach manchem Ach und Weh. Denn auf dem einen davon wird die müde Alte von einem nackten Buben in das jüngernde Bad gezerrt und die Nacktheit des Buben ist solange gefährlich, bis ein Fränzlein die gefährliche Gegend bedeckt. Das andre Bild aber will man nach langem Hin und Her riskieren, obwohl es die Neugeborene nackt, ohne Feigenblatt, ohne Vliesengel, ja sogar ohne schamhafte Seitenbedeckung aus dem Bade schreiten läßt! Man fühlte doch wohl, mit welcher Freude der Künstler den schönen Körper hingezichnet hatte und wie es ihn gequälte hätte, wenn man ihm aus der reinen Gestalt der Jugend eine Nudität gemacht hätte, bei der es Pikanies zu verhüllen gibt. Die Bilder wurden in Glasmosaik aus-geführt und eines Tages leuchtete den Spazierengehenden Männlein und Weiblein auch die nackte Figur entgegen. Ein Vierteljahr stand sie. Die Sittlichkeit der Stadt hatte nicht weiter gelitten und auch die Prüden hatten sich schon an die Gestalt gewöhnt. Seit ein paar Tagen ist sie wieder verhüllt, und wenn das Tuch der Schande — nicht ihrer Schande — wieder wegsein wird, wird sie nicht mehr nackt sein. Ein ultramontanes Vortrags, so unbedeutend wie nur eines im ganzen Vaterlande, hatte in den üblichen Tönen die allen Gärten angetane Schmach ins Land geschmettert und schon dieser einzige Trompetenschlag hat die künstlerische Überzeugung der Bau-herren eben jenes Kulturvereins so erschüttert, daß sie umfielen. Umfielen, als kluge Leute, bevor noch das Echo zurückkam, das soviel gefährdete aus der jetzt eben zusammenstrebenden Versammlung der offiziellen Sittlichkeitswächter des Landes, der Abgeordneten. Man verlangte zuerst in persönlicher Rücksprache vom Künstler Verneuerung der amstößigen Figur; er blieb fest. Man verlangte das gleiche durch einen Medaillenkunstler; lohnlose Forderung (ein halbes Jahr, nach der Abnahme des Bildes) — ohne Rücksicht darauf, ob die Forderung künstlerisch berechtigt oder unberechtigt sei! Der Künstler gab keine Antwort mehr. Nun hat sich ein andrer gefunden. Das Modell wird auch sein Fränzlein haben, aber sein Rücken, viel-leicht auch noch ein Vliesengel. Das Vaterland ist dann gerettet, die Landesherren haben nichts zu tabeln. — Die Geschichte passiert aber nicht im schwarzen Niederbahren oder im Trier oder in einem muckrischen Provinzialstädtchen des protestantischen Nordens, wo die offiziellen priesterlichen Sittlichkeitsretter Herren und Meister sind, sondern in der freisinnigen Stadt Nürnberg, in der Stadt Albrecht Dürers und unter der Verantwortung eines Künstlers, der zugleich Direktor des für die künftige öffentliche Entwicklung Nürn-bergs wichtigsten öffentlichen Instituts ist. Die kürzlich in Magde-burg versammelt gewesenen Publizistenkonferenz werden den Herrn zum Danke hoffentlich zum Ehrenvorsitzenden ernennen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Jena, Mannheim, Wiesbaden. — Die Legende vom neuen Mittelstand. Von F. von der Goltz. (Schluß.) — Die erste Epoche der russischen Revolution. Von A. Marioff. (Schluß.) — Die Stichwahl in Essen. Von W. Düvel. — Übersetzerische Be-lustigungen. Von Ludwig Radlof. — Literarische Rundschau: Alexander Mar. Die russische Revolution. Von Leo Deutsch. Dr. jur. Richard Freund. Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Von Gustav Koch. — Notizen: Die Wahrheit über die „Wahrheit“ („Prawda“). Von Verus. Die Unfallgefahr bei Gärtnerei, Landwirtschaft und Forst-wirtschaft. Von rts.

Das Elend des Strafvollzugs. Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts eine Broschüre aus der Feder meines Genossen Gradnauer erschienen. In Aufstellung an der Tagesordnung des Tages — Prozesse behandeln der Verfasser einige der wichtigsten Fragen des Strafvollzugs. Der Preis für die sechs Bogen starke Broschüre beträgt 1.20 Mark, eine auf billigerem Papier herge-stellte Ausgabe kostet 50 Pfg. Die Schrift kann durch jede Partei-buchhandlung bezogen werden.

| Wasserstände. | | | | | |
|-------------------------------|----------|--------|----------|--------|------|
| + bedeutet über, — unter Null | | | | | |
| Hfer, Eger und Mosbau. | | | Ball | Wachs. | |
| Fungbunzlau . . . | 7. Oktb. | + 0.54 | 8. Oktb. | + 0.41 | 0.13 |
| Saun . . . | " | + 0.40 | " | + 0.96 | — |
| Budweis . . . | " | + 0.22 | " | + 0.24 | — |
| Prag . . . | " | — | " | — | — |
| Austret und Saale. | | | | | |
| Straußfurt . . . | 8. Oktb. | — | 9. Oktb. | + 2.10 | — |
| Weissenfels Untp. | " | + 1.74 | " | + 1.96 | — |
| Erutha . . . | " | + 2.91 | " | + 3.30 | — |
| Alsfleben . . . | " | + 2.56 | " | + 2.88 | — |
| Bernburg . . . | " | + 2.08 | " | + 2.33 | — |
| Salze Oberpegel . | " | + 1.92 | " | + 2.02 | — |
| Salze Unterpegel | " | + 1.80 | " | + 2.10 | — |
| Elbe. | | | | | |
| Wardubitz . . . | 7. Oktb. | — 0.00 | 8. Oktb. | — 0.15 | — |
| Brandeis . . . | " | — 0.12 | " | — 0.23 | — |
| Reinlt . . . | " | — 0.51 | " | — 0.08 | — |
| Reitmarig . . . | " | — 0.29 | " | — 0.05 | — |
| Aussig . . . | 8. " | + 0.05 | 9. " | + 0.51 | — |
| Dresden . . . | " | — 1.37 | " | — 1.06 | — |
| Torgau . . . | " | + 0.43 | " | + 0.62 | — |
| Wittenberg . . . | " | — | " | + 1.45 | — |
| Moylau . . . | " | + 0.89 | " | + 1.18 | — |
| Barby . . . | " | + 1.43 | " | + 1.76 | — |
| Schönebeck . . . | " | — | " | + 1.41 | — |
| Magdeburg . . . | 9. " | + 1.44 | 10. " | + 1.74 | — |
| Tangermünde . . | 8. " | + 1.32 | 9. " | + 1.93 | — |
| Wittenberge . . | " | + 1.53 | " | + 1.60 | — |
| Proda-Dömitz . . | " | + 0.91 | " | + 0.96 | — |
| Yauerburg . . . | " | + 1.01 | " | + 1.05 | — |

Schönebeck.
Aufgehört: Vertriebsingenieur:
Erich Geseff in Wälschen-Tangerhütte
mit Theresie Tünger hier.
Ehechildlungen: Arbeiter:
Friedrich Köhde mit Wanda Wiele.
Gelegteier Willi Mantzies in Magde-
burg mit Mariä Bed hier. Kauf-
mann Albert Stroh in Vochum mit
Anna Pilzer hier.
Geburten: Emma, T. des
Arbeiters Richard Schröder. Elise,
T. des Schlossers Hermann Scherbig.
Richard, S. des Arbeiters Karl
Schwuch. Franz, S. des Dekorateurs
Woldemar Bürgens.
Todesfälle: Erich, S. des
Steinhauers Gustav Markmann.
I W. Frau Friederike Bachmann.
Jah. Schulz 67 J.